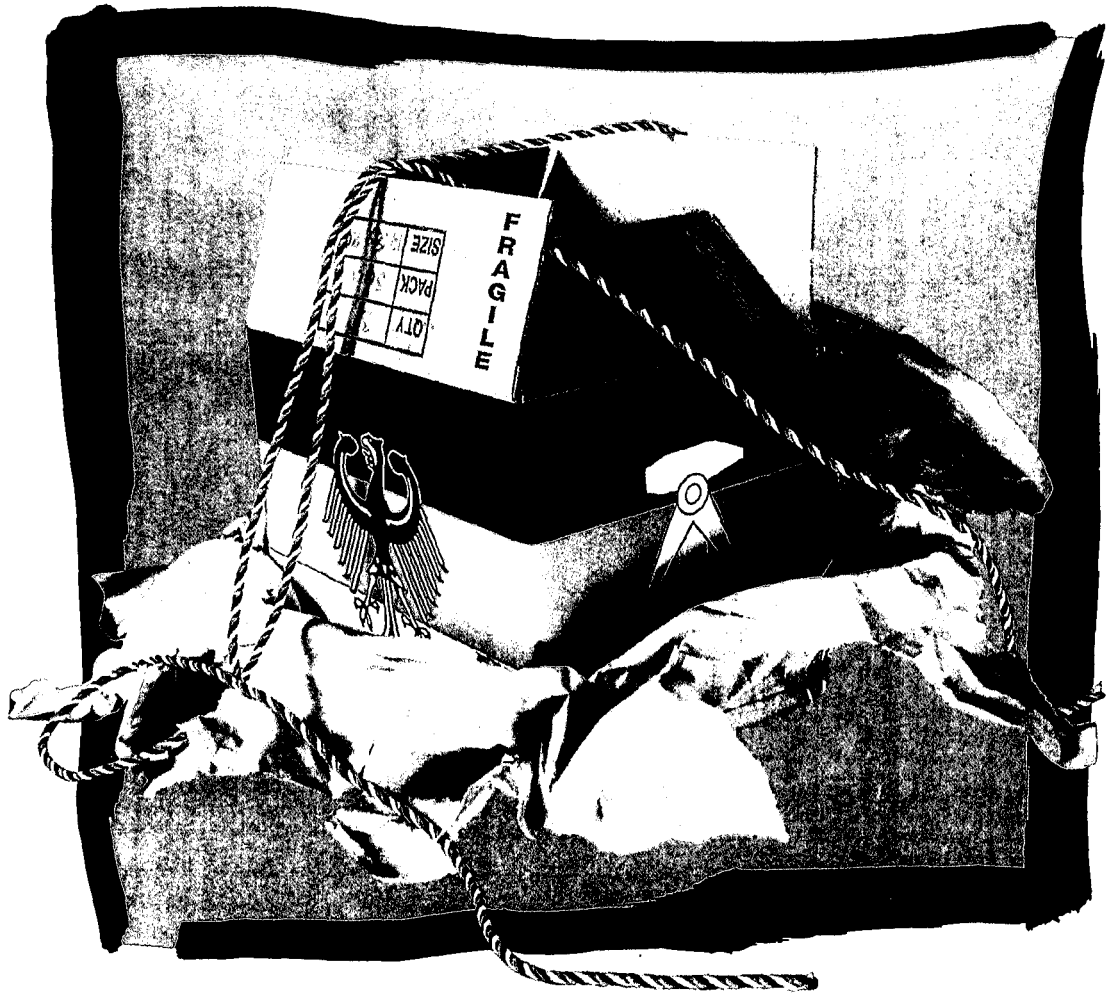


**SPD-Bundestagsfraktion**



# **Rück-Sicht auf Deutschland**

C 94 - 01381

**Bahr, Faulenbach, Glaeßner, Kocka,  
Limbach, Meckel, Meyer, Noack,  
Pörsch, Weber, Weisskirchen**

Herausgeber:  
**SPD-Bundestagsfraktion**  
Günter Verheugen, MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Redaktion:  
Ralf Bergmann  
Christiane Leonhardt

Titelfoto:  
bonn-sequenz

Fotos:  
Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung (S. 21, 24, 45, 70)  
bonn-sequenz (S. 40, 49, 56, 65, 75)  
dpa/UPI (S. 13)  
Landesbildstelle Berlin (S. 62)  
Leonhardt-Kammann (S. 3)  
Privatarchiv Bahr (S. 6, 27)

Gestaltung:  
Petra Bauer  
Cicero Werbeagentur Bonn

Druck:  
Weender Druckerei GmbH, Göttingen

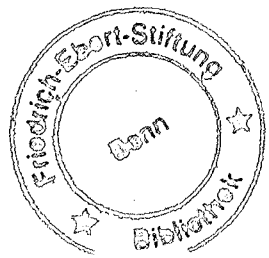
März 1993

*Diese Broschüre wurde auf 80g chlorfreiem Recycling-Offset-Papier,  
zu 100% aus Altpapier hergestellt, gedruckt.*

# Inhalt

Vorwort	2
Egon Bahr Vierzig Jahre Deutschlandpolitik – Stationen und Entwicklungen	3
Gert Weisskirchen Wandel durch Annäherung – Betrachtung eines politischen Prinzips	10
Bernd Faulenbach Zur Beurteilung der Bonner Deutschlandpolitik in den achtziger Jahren	18
Thomas Meyer Das SPD/SED-Papier – „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“	24
* * *	
Axel Noack Fragen an eine „Kirche im Sozialismus“	30
Gert-Joachim Glaebner SED und Blockparteien – Das System der Parteiherrschaft in der ehemaligen DDR	37
Hermann Weber Strukturen und Mechanismen kommunistischer Herrschaft	46
* * *	
Markus Meckel Aufarbeitung der DDR-Geschichte als Aufgabe des Bundestages	53
Jutta Limbach Gerechtigkeit im Rechtsstaat	62
* * *	
Jürgen Kocka Erinnerung als Ressource – Geschichte und Utopie im vereinigten Deutschland	67
Wolfgang Thierse Mut zur eigenen Geschichte	72

C 94 - 01381



# Strukturen und Mechanismen kommunistischer Herrschaft



Professor Dr. Hermann Weber  
Universität Mannheim  
Sachverständiger der  
Enquête-Kommission  
„Aufarbeitung von Geschichte und  
Folgen der SED-Diktatur  
in Deutschland“

Die kommunistischen Parteien übten in den Ländern Europas (die Verhältnisse in China oder Kuba bleiben ausgeklammert), in denen sie die Macht errungen hatten, ihre Herrschaft mit diktatorischen Methoden aus. Damit wollten sie nicht nur Ausbau und Sicherung ihres politischen Regimes erreichen, sondern darüber hinaus die eigene Allmacht in der Politik, der Wirtschaft, den Medien und der Kultur festigen. Die kommunistischen Parteien akzeptierten keineswegs – wie etwa demokratische Parteien – eine Regierungsteilnahme auf Zeit; sie beanspruchten vielmehr die uneingeschränkte Herrschaft und zwar auf Dauer.

Auf das erste kommunistische Regierungssystem in Sowjetrußland unter Lenin hatten allerdings zwei Besonderheiten maßgeblich eingewirkt: Erstens wurde es im Rahmen der künftigen Weltrevolution als kurzfristiger Übergang zum Sozialismus verstanden, zweitens erhielt die Gewalt in einem – von beiden Seiten gleichermaßen blutig geführten – Bürgerkrieg eine zentrale Rolle. Durch den Ersten Weltkrieg mit seinen Millionen Toten war Gewalt auch in der Politik schon fast alltäglich geworden.

Im Verlauf der Entwicklung zeigte sich das Scheitern der Leninschen Konzeption des Sozialismus ohne Rechtsstaat und ohne demokratischen politischen Pluralismus. In den zwanziger Jahren entstand ein von Stalin geprägtes bürokratisch-diktatorisches System, das als Stalinismus zu definieren ist. Da mit der Stalinisierung des Kommunismus die humanistischen Werte verschwanden, erhielten die Machterringung und deren Sicherung eine andere Qualität, wurden zum Selbstzweck.

In der Ideologie wurde die Allmacht der Parteiführung allerdings nicht thematisiert, sondern stets behauptet, die „Arbeiterklasse“ übe die Herrschaft aus. Die Diktatur haben die Kommunisten in der Selbstdarstellung dann als „Sozialismus“ umgedeutet. Damit wollten sie verschleiern, daß traditionelle Ideale der Arbeiterbewegung von einer besseren Gesellschaft der Macht der eigenen Parteiführung geopfert worden waren.

Die seit den zwanziger Jahren in der Sowjetunion entwickelten Strukturen und Mechanismen kommunistischer Herrschaft wurden dann nach 1945 auf Osteuropa und die Sowjetische Besatzungszone (SBZ)/DDR übertragen, und sie sollen hier skizziert werden.

## Die Struktur kommunistischer Herrschaft

Entscheidendes Merkmal kommunistischer Herrschaft war das Einparteiensystem mit der Allmacht der Parteiführung in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur. Dieser Stalinismus im allgemeinen Sinne war ein gesellschaftspolitisches System und zwar die Diktatur der Parteispitze, die mit Hilfe der politischen Polizei (in der DDR des Ministeriums für Staatssicherheit) bestimmte. Durch völlige Ausschaltung auch der innerparteilichen Demokratie geriet die gesellschaftliche und politische Verfügungs- und Entscheidungsgewalt in die alleinige Zuständigkeit der hierarchisch strukturierten Parteiführung.

Die kommunistische Partei war Hegemonialpartei (d.h. Vorherrschafts- und Führungsorgan) mit dem Machtmonopol. Hegemonialpartei bedeutete, daß die kommunistische Parteispitze unumschränkt und unkontrolliert das politische System befahl. Nach der Machterringung verfolgte sie als entscheidendes Ziel

- erstens die Sicherung ihrer Hegemonie – mit stetig wachsendem Absolutheitsanspruch;
- zweitens duldet sie keine Teilung der Macht und erst recht nicht ihre legale Ablösung;
- drittens unterdrückte und verhinderte sie pluralistische Tendenzen sowie jegliche Ansätze innerparteilicher Demokratie;
- viertens übte sie ihre Gewalt als Führungsorgan außer im Staat, auch im gesamten öffentlichen Leben aus (ja, sie wirkte bis hinein in die Privatsphäre der Bürger). Als kommunistische Hegemonialpartei hat sie in den Ländern des Ostblocks jahrzehntelang eine allumfassende, diktatorische Herrschaft ausgeübt.

Der Stalinismus, der als totalitäres gesellschaftspolitisches System in der Sowjetunion entstand, bedeutet daher historisch die Diktatur der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) Stalins: Die Volksvertretungen (Sowjets), die nicht von der Bevölkerung gewählt, sondern von der Partei eingesetzt wurden, besaßen lediglich Scheinfunktionen. Außerdem befahl die Partei die Staatsverwaltung, die Justiz, und sie lenkte die Massenorganisationen, die ebenfalls straff zentralistisch aufgebaut waren. Weil die Parteiführung das Medien-Monopol innehatte, beherrschte sie die öffentliche Meinung. Den Stalinismus kennzeichneten

ferner das Fehlen jeder politischen Freiheit und kritischen Diskussion in Gesellschaft, Staat und selbst innerhalb der Partei; Militarisierung und Reglementierung aller Lebensbereiche sowie die Ausschaltung der Grundrechte des Bürgers waren symptomatisch für das System. Zusätzlich gab es in der UdSSR noch die chauvinistische Unterdrückung der nichtrussischen Nationalitäten. Und nicht zuletzt wurde eine dogmatische Ideologie („Marxismus-Leninismus“) verbreitet, mit der die Allmacht der Apparate verschleiert, „wissenschaftlich begründet“ und so abgesichert werden sollte.

Als soziale Merkmale des Stalinismus sind zu nennen: die Verfügungsgewalt der Partei über die verstaatlichte Wirtschaft mit zentraler Planung sowie eine starke soziale Differenzierung der Gesellschaft. Hinzu kamen neben materieller Privilegierung der bürokratischen Oberschicht die Verweigerung jeder ernsthaften Mitbestimmung der Arbeiter und Bauern in der Wirtschaft und im Betrieb. Die Gewerkschaften waren völlig der Partei untergeordnet, schließlich gab es die „Einmannführung“ im Betrieb wie in der Gesamtwirtschaft.

Insbesondere mit den Säuberungen der dreißiger Jahre in der Sowjetunion haben sich dann die krassen Merkmale des Stalinismus im engeren, speziellen Sinne herausgebildet. Maßgeblich wurde die Willkürherrschaft, gekennzeichnet durch völlige Rechtsunsicherheit: Die despotische Gewalt war in der Realität weder durch Institutionen beschränkt noch von unten kontrollierbar. Als wesentliche Herrschaftsinstrumente dienten die Geheimpolizei und blutige „Säuberungen“.

Die brutalen Verfolgungen, die zum Stalinismus gehörten, nahmen unvorstellbar katastrophale Dimensionen an. Wenn allein in der Sowjetunion Stalins (nach Schätzungen) 20 Millionen Menschen Opfer der Säuberungen wurden, davon etwa 10 Millionen ums Leben kamen, so demonstrieren solche Zahlen nicht nur den Umfang, sondern lassen auch Funktion und Ziel der Verfolgungen im Stalinismus erkennen. Im Rahmen dieser Repressalien gab es „Säuberungen“ auch unter den Kommunisten: Über eine Million KPdSU-Mitglieder – darunter fast die gesamte ehemalige Führung der Lenin-Zeit – und zahlreiche kommunistische Emigranten (unter ihnen die meisten Führer der KP Polens oder der KPD) wurden ermordet. In Stalins „kommunistisch“ regiertem Staat fand die größte Kommunistenverfolgung aller Zeiten statt.

Zum Stalinismus im engeren Sinn gehörte schließlich ein byzantinistischer Kult um die Person Stalins, in dem sich die absolute Machtfülle des „Führers“, aber auch die Unterwürfigkeit der Kommunisten widerspiegelte.

Dieses diktatorisch-bürokratische Herrschaftssystem wurde nach 1945 schrittweise auf die osteuropäischen Länder und auf die SBZ bzw. DDR übertragen. Erst nach Stalins Tod, insbesondere seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 mit Chruschtschows Enthüllungen über Stalins Verbrechen, begannen kommunistische Parteien schrittweise und mehr oder weniger intensiv durch eine „Entstalinisierung“ zunächst den Personenkult und einige Auswüchse politischer Willkür, also den speziellen Stalinismus, zu überwinden.

Davon blieb die Grundlage des Terrorregimes, die Machtkonzentration bei der Hegemonialpartei, jedoch weitgehend unberührt. Die charakteristischen Merkmale des Stalinismus haben Stalin überlebt und die Strukturen des gesellschaftspolitischen System im Ostblock bis zuletzt geprägt:

- das ideologische Dogma „Die Partei hat immer recht“;
- die Organisationsstruktur des hierarchischen demokratischen Zentralismus;
- das Prinzip der Kaderpolitik mit der „Nomenklatura“;
- das Erziehungs-, Informations- und Organisationsmonopol von Partei und Staat.

Da Repressalien immanent zu diesem System gehörten, sind sie keineswegs etwa als „Betriebsunfälle“ zu verharmlosen. Die Ideologie des Stalinismus brauchte stets ein Feindbild, ständig galt es, die Wachsamkeit zu erhöhen, „Feinde“ aufzuspüren, sie zu verfolgen und zu „schlagen“. Einschüchterung und Angst waren indes nicht nur Herrschaftsinstrumente gegen die Bevölkerung, sondern (allerdings neben mancherlei Privilegien) zugleich elementare Methoden der Disziplinierung von Anhängern und Funktionären. Aus der Ablehnung des Pluralismus und eines demokratischen Verfassungsstaates, der die Führungen kontrolliert, Kompromisse sucht und die Macht beschränkt, entstanden Intoleranz, ein Freund-Feind-Schema, eindimensionale Schwarzweißsicht.

Mit ihrem Absolutheitsanspruch erreichten die Kommunisten zwar die Zentralisierung und Monopolisierung politischer und ökonomischer Macht, doch erwies sich die Unterdrückung jeglicher oppositioneller Regung als eine elementare Schwäche, blieb ein ständiger Strukturdefekt. Bei Schwierigkeiten oder gar Krisen des Regimes war keinerlei systemimmanente Alternative vorhanden, statt dessen wuchs – als einziger Ausweg aus dem Dilemma – der Wille zu seiner völligen Überwindung.

Das Organisationsprinzip, mit dem die kommunistische Bewegung zusammengehalten, ihre Machteroberung ermöglicht und später die Herrschaftssicherung garantiert werden sollte, war der von Lenin

konzipierte „demokratische Zentralismus“. In der Praxis wurden die demokratischen Elemente (Wahlen, Rechenschaftspflicht der Führungen, Entscheidung durch Mehrheits- über Minderheitspositionen) zu Scheinritualen deformiert, übrig blieb ein bürokratischer Zentralismus.

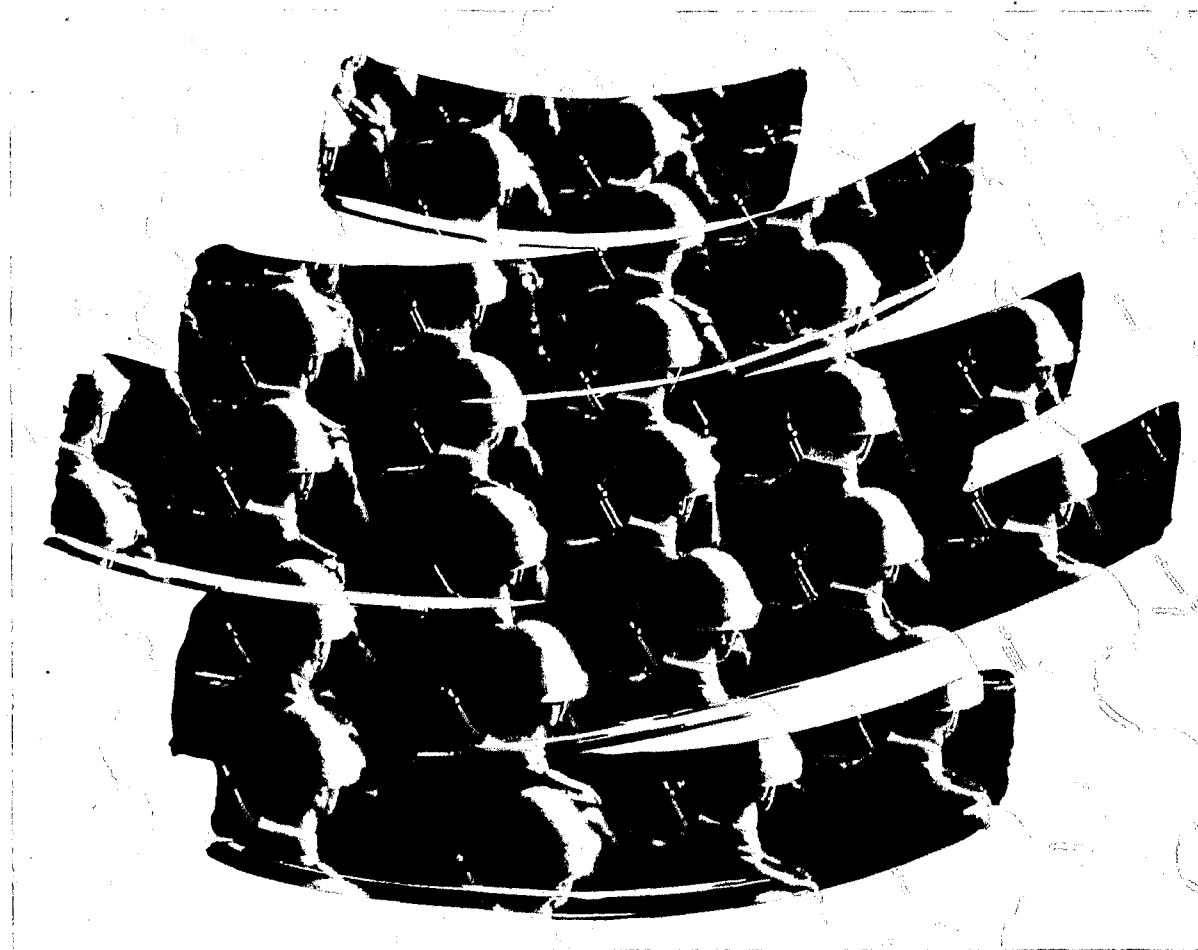
Charakteristisch für die Struktur des kommunistischen Herrschaftssystems war ein straff hierarchischer Aufbau, alle Befehlsstränge liefen strikt von oben nach unten. Dies galt für alle „Apparate“, mit denen die Führung ihre Macht ausübte:

- der eigene Parteiapparat (mit seinen hauptamtlichen Parteifunktionären und ehrenamtlichen Helfern);
- der Staatsapparat (Regierung, Verwaltung, Wirtschaft, Kultureinrichtungen, Armee, Medien);
- die Justizorgane und vor allem die politische Polizei, die unmittelbar die Verfolgungsmaßnahmen ausführten;
- die Massenorganisationen und in der DDR, Polen und der CSSR ebenso die Blockparteien, die den Auftrag befolgten, als „Transmissionsriemen“ Verbindungen zu allen Bevölkerungskreisen zu halten, sie im Sinne der KP-Führung zu beeinflussen und zu dirigieren.

### Mechanismen der Herrschaft

Zur Sicherung ihrer Macht benutzten die kommunistischen Führungen grundsätzlich drei Methoden, die bereits in der UdSSR Stalins entwickelt worden waren:

- *Die Neutralisierung:* „Unpolitische“ Menschen, die weder zu den Gegnern noch zu den Anhängern des Systems gehörten, sollten mit der Hoffnung auf wachsenden Wohlstand, auf gute Entwicklungschancen für ihre Kinder und ein Mindestmaß an persönlichem Freiraum „passiv“ gehalten werden. Der „gewöhnliche“ Alltag – geprägt von den Freuden und Leiden des Individuums, von der Arbeit, von der Familie oder Freundes- und Kollegenkreisen – sollte Teile der Bevölkerung von der Diktatur ablenken. Voraussetzung einer „Neutralisierung“ war allerdings wirtschaftlicher Aufschwung.
- *Die ideologische Indoktrination:* Die Ideologie des „Marxismus-Leninismus“ sollte als Bindeglied der herrschenden Eliten fungieren und durch Erziehung und Bewußtseinsbildung zugleich neue Anhänger, vor allem aus den Reihen der Jugend, gewinnen. Diese Ideologie diente – über die Anleitung des politischen und sozialen Handelns hinaus – als Verschleierungs- und Rechtfertigungsinstrument.
- *Der Terror:* Die Verfolgungen des Staatssicherheitsdienstes und der Justiz richteten sich gegen eine



Minderheit, die aktiv eine Änderung des Systems anstrebte oder gegen die Diktatur opponierte. Willkür und Bespitzelung schufen außer Resignation eine Atmosphäre der Angst. Die befohlene „Wachsamkeit“ sollte zudem jede Nonkonformität aufspüren und Mißtrauen verbreiten. Darüber hinaus sollten Terror und Überwachung Unsicherheit und Furcht wecken, um jede Opposition zu verhindern. Daneben gab es zahlreiche mittelbare Repressionen, und zunehmend wurden subtilere Methoden der Unterdrückung angewendet.

Unbeweglich war die Diktatur nicht zuletzt, weil in ihr neben Fanatismus und Sendungsbewußtsein auch Machtbesessenheit um sich griff. Die herkömmliche These der kommunistischen Partei, ihr allein gehörten die „Kommandohöhen der Macht“, sie müsse alles in der Hand haben, blieb ausschlaggebend. Das Machtmonopol lag immer bei der kommunistischen Partei, genauer gesagt bei deren Spitze.

Um diese Allmacht zu sichern, war selbst die innere Struktur kommunistischer Parteien geprägt durch die Apparatherrschaft stalinistischer Art. Die Partei konnte mit ihren Mechanismen (Neutralisierung, Ideologie, Terror) nur dann herrschen, wenn ihre eigene Organisation mit den großen Mitgliederzahlen (KPdSU: 19 Millionen, SED: 2,3 Millionen usw.) sich bedingungslos der Führung unterordnete. „Eiserne Disziplin“ (1) der Parteimitglieder und straffer hierarchischer Zentralismus blieben immer die bestimmenden Leitungsmethoden.

Für Kommunisten galt als ein entscheidendes Kriterium des „demokratischen Zentralismus“ die „freiwillige“ Parteidisziplin, d.h. ihre kritik-, ja, willenlose Unterordnung unter die „Linie der Partei“, also der Parteispitze. Im innerparteilichen Regime stand diese freiwillige Disziplin an erster Stelle. Wenn diese verweigert wurde, konnte die Führung mit Hilfe der Parteikontrollkommission, einer Art innerparteilichen Poli-

zei, mit – oft existenzbedrohenden – „Parteistrafen“ durchgreifen.

Bedeutsamer war ein zweiter Faktor: die Macht der hauptamtlichen Funktionäre, des Apparats, der hierarchisch gegliedert war. Der Apparat suchte nicht nur die Funktionäre aus, setzte sie ein und berief sie ab, sondern bereitete die „Partei-Wahlen“ vor. Außer durch Personalpolitik konnte der Apparat mit Beschlüssen, Direktiven und Anweisungen das gesamte Parteileben dirigieren und die Aktivität der Organisation nach außen bestimmen. Die oberste Führung (Politbüro, Sekretariat und Apparat des Zentralkomitees) entschied, welche Probleme in ihre Kompetenzen fielen und welche sie delegieren wollte. Aber immer galt, daß der Parteaufbau „ohne Zentralismus, ohne disziplinierte Unterordnung der örtlichen Leitungen und Organe unter das Zentralkomitee“ (2) unmöglich sei.

Auswahl und Heranbildung der Kader sorgten gleichermaßen für eine weitere Absicherung der innerparteilichen Strukturen. Nach dem Prinzip der „Nomenklatura“ lag die Verantwortlichkeit und Entscheidungsbefugnis für die Kader, deren Schulung, Einsatz, Karriere, Ablösung usw. bei der jeweils übergeordneten Instanz. In der SED gehörten beispielsweise rund eine halbe Million Mitglieder zu den „Nomenklatur-Kadern“ (3), d.h. sie übten hauptamtliche Funktionen in Partei, Staat und Wirtschaft usw. aus und waren so unmittelbar (auch materiell) von der SED-Führung abhängig. Entscheidungen über Auswahl und „Kaderplanung“ traf die Parteispitze. Sie suchte in einem Ausleseverfahren den Typus des parteikonformen Funktionärs heranzubilden, der dann als treuer Parteisoldat jederzeit die (oft wechselnde) Parteilinie mitmachte und die ihm gestellten Aufgaben diszipliniert erfüllte. Motivieren sollte ihn die Ideologie des Marxismus-Leninismus, weshalb einer ständigen Schulung große Bedeutung beigemessen wurde.

Aber auch die sogenannten Massenorganisationen hatten einen Monopolstatus, zugelassen waren nur je eine einzige für die Jugend, die Frauen usw. Sie alle wirkten – wie in der DDR, Polen oder der CSSR auch die Blockparteien – als „Transmissionsorgane“ der Partei, deren „führende Rolle“ sie unverblümt akzeptierten. Befehligt wurden sie nach dem gleichen Schema wie der Staat, die Herrschaftsorgane oder die Medien:

- erstens durch Personalunion, d.h. auf allen Ebenen hatten immer die der Parteidisziplin unterworfenen Kommunisten die wichtigsten Funktionen inne;
- zweitens fungierten die kommunistischen Mitglieder, die in der Verwaltung, Wirtschaft, Kultur usw. in eigenen Parteigruppen zusammengeschlossen waren, als Kontrollinstanzen;

– drittens besaßen die Leitungen der Kommunisten die Befugnis, Organisationen und Institutionen sogar direkt anzuweisen.

Die Mechanismen – wie die Strukturen kommunistischer Herrschaftssysteme – zeigten so eine zentralistisch organisierte Diktatur mit dem Ziel absoluter Macht für die Führungsspitze bei totaler Bevormundung, Erfassung, Überwachung und Anleitung der Bevölkerung. Diese Realität sollte durch die Ideologie (mit den Versprechungen einer zukünftigen „klassenlosen Gesellschaft“) vertuscht werden. Auffallend war auch der Widerspruch zwischen den offiziellen Deklarationen (Herrschaft der Arbeiter und Bauern, realer Sozialismus, „Mitgestaltung“ durch die ganze Bevölkerung usw.) und der Praxis der totalitären Diktatur. Auch zwischen den Verfassungen und der Wirklichkeit existierten krasse Gegensätze. Und selbst die innerparteiliche Struktur mit uneingeschränkter Befehlsgewalt der allmächtigen Führung hatte mit dem formalen Anspruch eines demokratischen Zentralismus kaum etwas zu tun. Am Beispiel der DDR bzw. der SED sollen einige wenige Gegensätze nachgezeichnet werden.

### Beispiel DDR

Der staatliche Führungsanspruch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war seit 1968 – wenn auch in sehr allgemeiner Form – verfassungsrechtlich abgesichert und verankert. In Artikel 1 der Verfassung von 1968 hieß es, die Deutsche Demokratische Republik sei ein Staat „unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“, also der SED.

Mit dieser Floskel wurde umschrieben, daß die SED die Staatspartei der DDR war. Doch ihr Anspruch ging viel weiter. Sie wollte alle Bereiche des öffentlichen Lebens bestimmen, und bis zum Schluß galt ihre These, „die Partei“, also die SED, leite „einheitlich das gesamte gesellschaftliche Leben der Republik“ und sei für den „gesamten Komplex der politischen, ideologischen, wissenschaftlichen, technischen, ökonomischen und kulturellen Arbeit verantwortlich“. (4)

Dieser Führungsanspruch der SED, den sie seit den fünfziger Jahren zu perfektionieren suchte, zielte in erster Linie auf die Beherrschung des politischen Systems der DDR. Inzwischen hatten die 1945 zugelassenen nichtkommunistischen Parteien Christlich-Demokratische Union und Liberal-Demokratische Partei (die SPD war nach der Zwangsvereinigung von 1946 verboten) sowie die von den Kommunisten 1948 aus taktischen Gründen selbst geschaffene National-Demokratische Partei und die Bauernpartei den „Führungsanspruch“ der SED offiziell anerkannt. Auch die sogenannten Massenorganisationen – also der Freie Deut-

sche Gewerkschaftsbund, die Freie Deutsche Jugend, der Demokratische Frauenbund usw. – waren gleichermaßen von der SED abhängig. Da die Politik des Staates von der SED diktiert wurde, stand diese an der Spitze der DDR.

In ihrer Selbstdarstellung war die DDR eine „Arbeiter- und Bauernmacht“, die geplante und verstaatlichte Volkswirtschaft wurde als Grundlage der Gesellschafts- und Staatsordnung ausgegeben. Doch die totalitäre Diktatur der SED wurde in der Verfassung von 1968 vertuscht. So bestimmte Artikel 48: „Die Volkskammer ist das oberste staatliche Machtorgan der DDR... Die Volkskammer ist das einzige verfassungs- und gesetzgebende Organ in der DDR. Niemand kann ihre Rechte einschränken.“ Die Entscheidungen fielen jedoch nicht öffentlich in der Volkskammer, sondern geheim im Politbüro der Partei. Die Verfassung (Artikel 54) legte außerdem fest, daß die Abgeordneten „vom Volk auf die Dauer von fünf Jahren in freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl“ zu bestimmen seien. Damit waren die üblichen „offenen Abstimmungen“ ein klarer Verfassungsbruch, da „geheime“ Wahl in der DDR vorgeschrieben blieb.

Die Volkskammer hatte indes kaum Bedeutung. Die Gesetze waren, bevor die Volkskammer sie verabschiedete, von den zuständigen Abteilungen des Zentralkomitees der SED ausgearbeitet und im Politbüro der SED beschlossen worden und damit waren sie in ihren grundsätzlichen Bestimmungen unabänderlich.

Gerade am Beispiel der Volkskammer, des angeblich „obersten staatlichen Machtorgans“, ist der Widerspruch zwischen Verfassungstext und Realität der DDR abzulesen und die Alibifunktion des „Parlamentarismus“ zu erkennen:

- Sämtliche Abgeordnete erhielten ihr Mandat über die Einheitsliste; da es keine Alternativen gab, erzielten die Listen dann unter Druck 99 Prozent der Stimmen.
- Die Sitzverteilung der einzelnen Fraktionen war seit Jahrzehnten festgelegt und von den Wählern nicht veränderbar.
- In den Parlamenten gab es außer der SED-Fraktion (127 Mitglieder der Volkskammer), den vier Fraktionen der „Blockparteien“ (jeweils 52 Mitglieder der Volkskammer) erstmalig und einmalig in Deutschland noch fünf Fraktionen der Massenorganisationen (mit Hilfe derer sich die SED allerdings die Majorität verschaffte, weil fast alle diese Mandatsträger der Einheitspartei angehörten und deren Parteidisziplin unterstanden).
- Ohnehin wurden in vierzig Jahren DDR-„Parlamentarismus“ alle Beschlüsse, Gesetze, Wirtschaftspläne, Verordnungen usw. stets einstimmig verab-

schiedet (bis auf die Änderung des Abtreibungsparagraphen 218 im Jahre 1972).

- Die Ressortverteilung in der Regierung (Ministerat) und die dafür ausersehenen Personen (unter 41 Ministern nur eine Frau) lagen stets fest, ehe die Legislaturperiode begann.
- Die Volkskammer tagte in der Regel viermal im Jahr und blieb bloße Akklamationsinstitution.

Die Macht lag zu keiner Zeit bei der Volkskammer und auch nicht bei der von ihr bestimmten Regierung (Ministerrat) oder beim Staatsrat (zweites Regierungsorgan), sondern allein bei der SED-Führung.

Die SED definierte sich in ihrem Statut als „der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der DDR“ (5). Ihr Organisationsaufbau entsprach offiziell dem „demokratischen Zentralismus“. Tatsächlich war sie jedoch von ihrem Apparat, d.h. den hauptamtlichen Funktionären, beherrscht. Von freien innerparteilichen Wahlen konnte ebensowenig die Rede sein wie von der Rechenschaftslegung der Funktionäre über die entscheidenden politischen Fragen.

Leiter und Mitarbeiter der Abteilungen des Parteiapparats auf allen Ebenen, Instruktoren und Parteiorganisatoren, Redakteure, Lehrkräfte der Parteischulen sowie die von der Partei „abgestellten“ Funktionäre in den Massenorganisationen, im Staatsapparat usw. wurden ernannt, sie waren also von niemandem gewählt und nur ihrer übergeordneten Parteileitung rechenschaftspflichtig. Bei ihrer völligen Abhängigkeit waren sie leicht zu disziplinieren, konnten sie doch jederzeit von der Parteiführung abgesetzt werden. Der Aufbau der Partei (Bezirk, Kreis, Ort, Grundorganisation in Betrieb und Wohngebiet) ging nicht von unten nach oben, vielmehr erfolgten die Direktiven stets von der Spitze zur Basis. Die über zwei Millionen Parteimitglieder wurden ebenso reglementiert wie die Bevölkerung.

Selbst das angeblich höchste Organ, der Parteitag, trat nurmehr alle fünf Jahre zusammen. Auf dem letzten, dem XI. Parteitag 1986, waren knapp 2700 Delegierte anwesend. Schon wegen der großen Delegiertenzahl konnte der Parteitag kein Arbeitsorgan sein, er war lediglich ein Akklamationsforum. Die verschiedenen Beschlüsse, vom Apparat vorbereitet, hatten die Delegierten nur noch zu bestätigen.

Das Zentralkomitee (ZK), formell höchstes Organ zwischen den Parteitagen, trat in der Regel nur alle vier Monate zusammen und fungierte eher als Aufsichtsorgan denn als Führungszentrum. Die Macht lag bei den sogenannten „Organen“ des ZK, beim Politbüro und beim Sekretariat.

Das Politbüro war immer das entscheidende Machtzentrum der SED und damit die eigentliche „Regie-

52

Her  
mann  
Weber

„gewählten“) 22 Mitglieder und fünf Kandidaten besetzten durch Personalunion die Schlüsselpositionen in Staat und Gesellschaft, und alle Sekretäre des ZK gehörten auch dem Politbüro an. Die Allmacht des Politbüros ist bekannt.

Als Zentrale für die Tagesarbeit der Partei fungierte das Sekretariat. Es regelte nicht nur die parteiinternen Angelegenheiten sondern dirigierte darüber hinaus die staatlichen und gesellschaftlichen Apparate. Die Sekretäre des ZK hatten als Vorgesetzte der hauptamtlichen Apparatfunktionäre das wichtigste Arbeitsorgan der Partei, den „Apparat des ZK“, zu leiten. Dieser umfangreiche Apparat war in ungefähr dreißig Abteilungen gegliedert (u.a. die Abteilungen Propaganda, Agitation, Frauen, Kader, Jugend, Parteiorgane, Planung und Finanzen, Wissenschaft, Internationale Verbindungen usw.).

Das ZK „berief“ schließlich eine „Zentrale Parteikontrollkommission“. Sie war als eine Art innerparteilicher Polizei mit weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattet, überwachte die Parteimitglieder und arbeitete eng mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen. Kontrollkommission gab es auch in den Bezirken und Kreisen. Mit ihrem Apparat beherrschte die SED-Führung Partei und Gesellschaft in der DDR.

Alle kommunistischen Parteien sicherten ihre Macht mit gleichen Mechanismen und Strukturen. Die Geschlossenheit der Partei, die damit gewährleistet werden sollte, galt als Voraussetzung für das Funktionieren der Diktatur in Staat und Gesellschaft.

Historisch hat sich diese Diktatur einer absolutistischen Parteiführung mit hierarchischem Aufbau bei gleichzeitig eklatantem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis als gravierender Strukturfehler der kommunistischen Regierungssysteme erwiesen. Die Verweigerung der politischen Demokratie, das Fehlen von Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit hat überall Bevormundung, ja, Entmündigung der Bevölkerung bei ständigem Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit geschaffen und damit nicht nur einen Konsens zwischen Regierten und Regierenden verhindert, sondern zunehmend sogar die Funktionäre selbst verunsichert. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime war daher letztlich die Folge ihrer immanenten Strukturdefekte.

- (1) So ein SED-Terminus, in: Politisches Grundwissen, Hrsg. Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1972, S. 540. Ursprünglich hatten die Kommunisten von fast „militärischer“ Parteidisziplin gesprochen, was wohl der richtige Ausdruck war. Vgl. O. Pjatnizki, Die 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale, Moskau/Leningrad 1934, S. 27
- (2) Horst Dohls, Der demokratische Zentralismus, Berlin (Ost) 1965, S. 8. Dohls war bis 1989 Mitglied des Politbüros und Sekretariats der SED
- (3) Vgl. dazu Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 484f.
- (4) Horst Dohls, Der demokratische Zentralismus, a.a.O., (Anmerkung 3), S. 6
- (5) Statut der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitag der SED, 18. bis 22. Mai 1976, Berlin (Ost) 1976, Bd. 2, S. 267

## Aufarbeitung der DDR-Geschichte als Aufgabe des Bundestages



Markus Meckel  
Mitglied des Bundestages  
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
in der Enquête-Kommission  
„Aufarbeitung von Geschichte und  
Folgen der SED-Diktatur  
in Deutschland“

Wir Deutschen haben zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert eine Diktatur aufzuarbeiten. Die Wichtigkeit dieser Aufgabe steht gerade deshalb vielen so deutlich vor Augen, weil sie sich der Probleme bewusst sind, die die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in beiden Teilen Deutschlands auf ihre je eigene Weise gehabt hat. Für die Geschichte der Bundesrepublik war das Sich-Verhalten zu dieser belasteten deutschen Geschichte und ihrer Folgen genauso konstitutiv wie auf der anderen Seite in der Deutschen Demokratischen Republik. In der alten Bundesrepublik hat der immer wieder neu entfachte öffentliche Streit darüber zu einer recht weitgehenden Aufarbeitung und zu wichtigen Folgen im gesellschaftlichen Bewußtsein geführt.

In der DDR wiederum wurde der Antifaschismus sehr schnell zu einer Legitimierungsideologie der Herrschaft der SED. Geschichte wurde dort nach festgefügtem ideologischen Schema zu einem Korsett, so daß die Menschen ihre eigene biographische Geschichte darin nicht wiederfanden, sie verdrängten und verschwiegen. Nur in den Kirchen, durch einzelne Intellektuelle und oppositionelle Gruppen wurde diese Verdrängung und Geschichtsklitterung durchbrochen, wurde diese belastete deutsche Vergangenheit durch die Auseinandersetzung mit ihr identitätsbildend.

1985 schrieben Martin Gutzeit (s. S. 59) und ich in einem Text zum Gedenken an den 40. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus mit dem Titel: „8. Mai 1945 – unsere Verantwortung für den Frieden“:

„Wir glauben, wir werden unsere Gegenwart nicht verstehen und wesentliche Hindernisse bei der Bewältigung unserer heutigen Probleme nicht überwinden können, wenn wir diese Vergangenheit nicht in den Blick bekommen. Wir glauben, daß die Weise, wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen – sie bewältigen oder verdrängen –, in einem inneren Zusammenhang damit steht, wie wir uns heutigen Problemen stellen. Der von uns so häufig erfahrenen Unfähigkeit, dem Frieden näher zu kommen, entspricht eine Unfähigkeit, die uns fremd erscheinende Vergangenheit zu übernehmen und aufzuarbeiten. Der sich daraus ergebenden Aufgabe wollen wir uns stellen.“

Aufarbeitung der DDR-Geschichte hat den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als ständige Folie bei sich. Immer wieder, und manchmal unvorhergesehen, scheint dieser Zusammenhang neu auf.

Da findet sich auch bei solchen Gruppen, die bei den Funktionsträgern des NS-Regimes nicht gerade große Initiative zur Bestrafung aufbrachten, plötzlich großes Interesse an den Schuldigen in der DDR-Geschichte. Da gibt es Streit über die Gestaltung von Gedenkstätten, wo ehemalige Konzentrationslager auch nach 1945 wieder als Lager genutzt wurden. Da erhebt sich Protest, wenn von den zwei deutschen Diktaturen gesprochen wird, weil man glaubt, dies wäre eine Nivellierung der großen, auch qualitativen Unterschiede von Nationalsozialismus und Kommunismus, eine Nivellierung, welche wiederum bei einigen durchaus auch in der Absicht zu liegen scheint.

## Ein Vergleich: die östlichen Nachbarn

Die Aufgabe und Notwendigkeit, die Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR aufzuarbeiten, teilen wir mit den östlichen Nachbarn Deutschlands, welche die damit verbundenen Probleme in ihrer wiederum auch sehr unterschiedlichen Situation und Geschichte sehr verschieden aufnehmen. Hier spielt – wie seit der Zeit der demokratischen DDR und heute in ganz Deutschland – die Frage nach dem Umgang mit der ehemaligen Nomenklatura und mit den Akten der Staatssicherheit eine große Rolle.

In **Polen** hat der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Mazowiecki in seiner Antrittsrede im August 1990 vom dicken Schlußstrich unter die Vergangenheit geredet. Damit war beabsichtigt, den notwendigen Wechsel in den Verwaltungen nicht zuerst durch personelle Säuberung, sondern durch neue Berufungsverfahren und Wahlen sowie insbesondere durch die Veränderung der Strukturen zu vollziehen. Die Akten der politischen Polizei werden verschlossen gehalten, nur die Staatsanwaltschaft und Gerichte, der Präsident und Ministerpräsident haben nach sehr eingeschränkten Regeln Zugang. Illegale Verwendung von Akten wird mit fünf Jahren Gefängnis bestraft. Außer Verbrechen soll niemand zur Verantwortung gezogen werden, weil die Befürchtung groß ist, damit von den Tagesaufgaben abgelenkt zu werden.

Eine andere Angst ist, daß durch die politische Instrumentalisierung dieser Fragen, die schon vor der Präsidentschaftswahl 1990 von Walesa gegen Mazowiecki praktiziert wurde, eine Schwächung der neuen politischen Elite durch populistische Kräfte die Folge wäre, was einen schweren Schaden für den Reform-

prozeß bedeutete. Die Ereignisse und Diskussionen im Sommer 1992, in deren Folge die Regierung Olszewski abgetreten ist, scheinen solchen Argumenten Recht zu geben.

In **Ungarn** ist trotz verschiedener, mehr propagandistischer Äußerungen und stets neuer Diskussionen in der Gesellschaft die Zurückhaltung der konservativen Regierung, zu gesetzlichen Regelungen die Vergangenheit und den Umgang mit den Akten betreffend zu kommen, recht groß. Die gesetzliche Klärung dieser Fragen kommt nur sehr schleppend voran.

Die **Tschechische und Slowakische Föderative Republik (CSFR)** hat im Oktober 1991 ein sogenanntes Lustrations-(Durchleuchtungs-)gesetz beschlossen, nach dem Kadermitarbeiter der Staatssicherheit und ihre informellen Mitarbeiter und Vertrauensleute ebenso für fünf Jahre von Staatsfunktionen suspendiert sind wie alle Funktionäre der Kommunistischen Partei, von den Bezirksausschüssen an bis zur Spitze. Der Streit um dieses Gesetz war groß und es ist offen, wie die Tschechische und Slowakische Republik nun damit umgehen.

## Aufarbeitung der Vergangenheit als Beitrag zum Zusammenwachsen der Deutschen

Im Vergleich zu diesen Ländern zeigt sich: Die ähnliche Situation der Vergangenheit wird in Deutschland unter ganz anderen Bedingungen aufgearbeitet. Durch die deutsche Vereinigung als Anschluß an die Bundesrepublik und ihre Rechtsordnung und die Regelungen des Einigungsvertrages haben wir plötzlich einen völlig neuen Rechtsrahmen, während unsere Nachbarländer erst so nach und nach das bestehende Recht außer Kraft setzen bzw. ändern müssen. Durch die Möglichkeit des Personaltransfers von West nach Ost ist man in Ostdeutschland nicht in dem Maße auf die alten Eliten und Fachleute angewiesen wie bei den östlichen Nachbarn. Wer in Deutschland auf dem Hintergrund der DDR-Vergangenheit politischen Handlungsbedarf sieht, muß – unabhängig von dem Lösungsvorschlag – oft erst verständlich machen, was der sachliche Zusammenhang ist, da die Mehrheit der Politiker, die ja aus dem Westen stammt, die historische Situation in der DDR kaum kennt.

Erst sehr langsam wächst auch im Westen ein breiteres Bewußtsein, daß durch die deutsche Vereinigung sich nicht nur für die Menschen im Osten fast alles geändert hat, sondern alle Deutschen betroffen sind. Es scheint erst einmal so, daß nur die Menschen im östlichen Teil ihre Geschichte aufarbeiten müßten. Dabei

wird Aufarbeitung der Vergangenheit im öffentlichen Bewußtsein weitgehend reduziert auf die Frage nach der Mitarbeit bei der Staatssicherheit und die Prozesse mit Honecker und der ehemaligen Parteispitze.

Das Problem der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist jedoch viel umfassender – für alle Deutschen! Wir sind alle durch die vier Jahrzehnte deutscher Teilung tief geprägt, auch da, wo das Bewußtsein der Einheit lebendig geblieben ist. Diese Prägungen sind auch heute noch wirksam, selbst da, wo wir sie verdrängen. Sie gehören zu unserem Leben, das wir ja nicht wegwerfen wollen. Doch ist es wichtig, sie sich selbst und dem anderen bewußt zu machen, sie zu erklären, an ihnen zu arbeiten.

Nicht wenige im Westen blicken – wie ich denke, zu Recht – mit Stolz auf die demokratischen Prägungen der alten Bundesrepublik, mit einer – bei aller Kritik im einzelnen – starken Identifizierung mit der gesellschaftlichen und staatlichen Grundordnung. Nicht selten verloren im Laufe der Jahre Menschen besonders der jüngeren und mittleren Generation die Deutschen im Osten aus dem Blick. Daß auch wir Ostdeutschen uns als Deutsche fühlen und vielleicht gar noch die gleichen Rechte beanspruchen könnten wie sie den Westdeutschen ermöglicht worden sind, geriet meist weit aus dem Bewußtsein. Entsprechend schwer war und ist für viele bis heute die Tatsache, mit denen im Osten nun wirklich zusammenzugehören und manche damit verbundenen Lasten mitzutragen, ohne gefragt worden zu sein. Dazu kommt die Fremdheit gegenüber den Prägungen, die durch die sehr anderen Erfahrungen in der DDR entstanden sind.

Aufarbeitung der Vergangenheit der DDR-Geschichte wird einen wichtigen Beitrag zu leisten haben zum gesellschaftlichen und menschlichen Zusammenwachsen der Deutschen.

Nach der Wende war in der DDR-Bevölkerung der Drang zur Einheit sehr groß, man wollte so schnell wie möglich so sein wie die im Westen. Erst später wurde bemerkt, daß das so einfach nicht geht. Zwei Jahre staatlicher deutscher Einheit haben bei vielen im Osten den Eindruck entstehen lassen, mit ihren Prägungen und Erfahrungen nicht wirklich anerkannt und gleichberechtigt zu sein. Das ist natürlich zum einen die Erfahrung mit den politischen Vorgaben und den Folgen der Art, wie die deutsche Vereinigung politisch gestaltet wurde. Zum anderen aber ist es auch eine Folge von vier Jahrzehnten unterschiedlicher Prägung in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen. Während es die einen Verhältnisse eben nicht mehr gibt – zum Glück, gewiß –, eine neue geistige Heimat aber für viele Menschen im Osten noch nicht wirklich gefunden wurde, glaubt man im Westen noch, in einfa-

cher Kontinuität so weiterleben zu können, oft nicht bereit, die Umwälzungen in Deutschland und Europa als Herausforderung für die Notwendigkeit auch eigener Veränderung anzunehmen.

Wir werden diese Vergangenheit nicht los und müssen ihr uns bewußt stellen, ohne sie zurechtzulügen. Das Entstehen hartnäckiger Mythen geht schnell und kann nur durch das vorurteilsfreie Sich-Einlassen auf die Wirklichkeit überwunden werden. Erst so werden wir wieder neu fähig werden zu sagen, wer wir sind; wir gemeinsam, mit unseren unterschiedlichen Erfahrungen und unserer unterschiedlichen Geschichte.

Ein wirkliches Zusammenwachsen in Deutschland und das Sich-Anerkannntwissen der Ostdeutschen in diesem geeinten Deutschland wird nur möglich sein, wenn diese vierzig Jahre DDR-Geschichte nicht verdrängt werden. Diese Geschichte in der DDR, nicht nur in ihren äußeren Abläufen sondern auch im Alltagsleben in all seinen differenzierten und sich ja auch verändernden Bedingungen, muß weithin erst kennengelernt und wahrgenommen werden. Natürlich zuerst von denen, die im Westen gelebt haben, doch in gewisser Weise auch von denen im Osten. Denn es gehörte zu den Wesensmerkmalen des Systems, daß es sich nicht durchschaubar machte, seine inneren Zusammenhänge und Entscheidungsmechanismen geheimhielt und gesellschaftliche Öffentlichkeit nicht zuließ.

## Fragen

Mit dem Blick auf diese Geschichte stellen sich viele Fragen, die zu beantworten sein werden und deren Beantwortung für das Miteinanderleben in Deutschland und überhaupt für die Gestaltung von Demokratie angesichts ihrer Gefährdungen wichtig sein werden. Zum Beispiel:

- Wie konnte dieses System sich so lange halten? Welche systematischen Strukturen, welche Repressions-, Legitimations- und Integrationsmechanismen und welche Verhaltensweisen von Menschen haben das möglich gemacht? Von Menschen, die ja nicht schlechter sind als die im Westen.
- Wie und nach welchen Maßstäben sind bestimmte Verhaltensweisen zu bewerten? Wie war der gesellschaftliche und geistige Zusammenhang, der das Handeln mitbestimmte, wie groß der persönliche Spielraum in den verschiedenen Situationen? Wie kamen Entscheidungen zustande und wer hatte eigentlich wem etwas zu sagen? Wer ist verantwortlich?
- Wie ist mit den Verantwortlichen von gestern um-



zugehen und wie kann das so differenziert geschehen, daß es den unterschiedlichen Bedingungen gerecht wird? Wie ist es möglich, Menschen, die in dieses System stärker integriert waren und verantwortliche Positionen hatten, in die demokratische Entwicklung so einzubeziehen, daß sie wirklich dafür gewonnen werden, und wo muß verhindert werden, daß Verantwortliche von gestern sich auch

heute plötzlich in hohen Positionen wiederfinden und so für viele Menschen die Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen in der Demokratie in Frage gestellt ist?

– Wie kann man denen gerecht werden, die durch das vergangene System – über das in der DDR Normale hinaus – persönlichen Schaden erlitten haben? Wie können Opfer nicht nur rehabilitiert und entschä-

digt, sondern heute auch gezielt gefördert werden, z.B. in Fragen der Beruflichen Bildung?

Neben solchen Fragen, die im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben von Bedeutung sind, stehen dann solche, die für das persönliche Aufarbeiten wichtig sind – und es gibt nicht wenige Menschen, die sie sich stellen, wenn auch vielleicht noch mehr, die sie von sich weisen.

Es ist eben auch eine Frage an einen selbst: Wann und wie hast Du Dich verblenden lassen? Wie konnte es dazu kommen, daß Du vieles nicht gesehen hast? Warum hast Du geschwiegen und nichts getan?

Für die Reaktion auf diese und die Beantwortung solcher Fragen ist es wichtig, wie sie gestellt werden und wer sie stellt.

### Aufarbeitung der Vergangenheit als gesellschaftlicher Prozeß

So unterschiedlich diese Fragen sind, so verschieden wird mit ihnen umzugehen sein. Aufarbeitung von Vergangenheit ist ein langer gesellschaftlicher Prozeß, der nicht nur ein Subjekt hat und auf den es kein Monopol gibt.

Sie geschieht auf vielfältige Weise. Kultur, Literatur, Theater und Film beginnen, sich mit dieser Vergangenheit und ihren Folgen auseinanderzusetzen. Wo Menschen aus West und Ost sich wirklich nahekomen, wird erzählt, von eigenen Erfahrungen und dem, was man weiß und gemeinsam nach Verstehen gesucht.

Die Geschichtsschreibung hat ein unermessliches Arbeitsfeld dazugewonnen mit einer Fülle neuen Quellenmaterials.

Im Bewußtsein sehr vieler Menschen sind die Gerichte besonders wichtig. Sie müssen versuchen, begangenes Unrecht auch strafrechtlich zu verfolgen. Doch zeigt sich, daß es nur in begrenztem Maße möglich sein wird, die individuelle Schuld des einzelnen für das begangene Unrecht zu beweisen. Eine weitere Schwierigkeit ist der für jede rechtsstaatliche Praxis einzuhalten- de Grundsatz, daß nur verfolgbar ist, was zum Zeitpunkt der Handlung auch strafbar war. Eine juristische Aufarbeitung wird zwar weiterhin intensiv zu betreiben sein, doch nicht das bringen, was viele sich von ihr erwarten.

Doch auch da, wo heute nicht mehr verurteilt werden kann, stellt sich die Frage nach neuer Rechtsetzung. Die Erfahrung des Nationalsozialismus hat nach 1945 eine weitreichende Rechtsentwicklung vorangetrieben, national wie international.

So stellt sich auch heute die Frage, was möglicherweise in der Folge der DDR-Erfahrung im Rahmen der

Gesetzgebung getan werden muß, um sich sowohl vor einer Entwicklung zur Diktatur zu schützen als auch international Diktatoren und ihre Helfershelfer verfolgen zu können. Es darf doch nicht so bleiben, daß auch künftig Diktatoren nur zu Beginn ihrer Herrschaft alles innerstaatliche Recht außer Kraft setzen müssen, um dann, nach ihrem Sturz, nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden zu können!

Von Anbeginn war klar, daß auch das Parlament und die künftige Gesetzgebung für die Aufarbeitung der Vergangenheit wichtig sein werden. Rehabilitation, Entschädigung, gezielte Förderung von Opfern, die Regelung des Umgangs mit den verschiedenen Akten und vieles andere mehr sind genuine Aufgaben von Parlament und Regierung. Von ihnen muß auch entschieden werden, wem künftig eine Aufgabe im Öffentlichen Dienst aus Gründen früherer Funktionen in der DDR verwehrt werden soll. Die erste frei gewählte Volkskammer hat sich dieser Aufgabe mit intensivem Ernst gestellt, konnte jedoch in den wenigen Monaten nur einen geringen Teil in Gang bringen. Davon wurde wiederum nur einiges in den Einigungsvertrag aufgenommen. Die Aufgabe jedoch hat sie dem Deutschen Bundestag vererbt.

Dieser hat seine Aufgabe angenommen. Es wurde in den letzten zwei Jahren viel gerungen um die Ausgestaltung der notwendigen Gesetze. Dieser Prozeß ist nicht abgeschlossen. Im Stasi-Unterlagengesetz hat der Deutsche Bundestag den Umgang mit den Stasiakten geregelt, er hat den Opfern die über sie gesammelten Akten zugänglich gemacht und die nicht personenbezogenen Akten der Forschung geöffnet. Eine solche Regelung ist nicht nur in Deutschland einmalig: Ein Volk kann anhand der Akten dieser Diktatur seine Geschichte aufarbeiten und deren interne Zusammenhänge erforschen!

In einem anderen Gesetz mit dem schrecklichen und falschen Namen „1. Unrechtsbereinigungsgesetz“ wurden erste Regelungen zur Entschädigung für politische Haftstrafen und anderes justizielle Unrecht geschaffen. Vieles ist da noch ungenügend. Ein weiteres Gesetz, das das Verwaltungsunrecht betrifft, ist in Vorbereitung.



# Die Arbeit der Enquête-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Seit dem Sommer 1991 gab es in Deutschland eine öffentliche Debatte, wie die Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu fördern sei. Der Vorschlag, ein Tribunal zu gründen, wurde intensiv diskutiert. Unklar blieb dabei, wer da eigentlich in wessen Namen agieren sollte. Besonders problematisch war auch der Singular; muß es bei der Aufarbeitung doch um ein breites gesellschaftliches Geschehen gehen. Gleichzeitig erschien es jedoch sinnvoll, eine Institution zu schaffen, die es sich – unabhängig von der aktuellen Tagespolitik – zur Aufgabe macht, das Thema gerade angesichts mancher Vereinigungen der öffentlichen Diskussion kontinuierlich zu bearbeiten.

Im Gespräch mit Martin Gutzeit entstand so der Gedanke, eine Enquête-Kommission des Bundestages zu bilden. In einer Presseerklärung vom November 1991 erklärte ich:

*„Eine Aufklärung über die nicht genügend geklärten Vorgänge, Zusammenhänge und Verantwortlichkeiten in der DDR durch eine Enquête-Kommission zur politischen Aufarbeitung von 40 Jahren Vergangenheit in der DDR würde den Deutschen Bundestag in die Lage versetzen, dieser Geschichte und den von ihr betroffenen Menschen, die er vertritt, in seinen eigenen Handlungen besser gerecht zu werden. Er kann und sollte selbst die Initiative ergreifen, sich bessere Voraussetzungen für seine Urteilsfähigkeit und sein Handeln zu schaffen und daran mitwirken, eine Anatomie des SED-Staates zu erstellen ... Eine solche Kommission und ihre Arbeit würden helfen, eine politische Aufarbeitung wachzuhalten und immer neu herauszufordern. Sie würde damit einem Hang zum Verdrängen und Wegwischen wehren und das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stärken.“*

Eine Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, unter Leitung von Rolf Schwanitz, entwarf daraufhin Anfang Dezember einen entsprechenden Antrag, die CDU/CSU-Fraktion beschloß noch im Dezember 1991 die Bildung der Kommission, die dann am 12. März 1992 eingesetzt wurde.

Bisherige Enquête-Kommissionen haben sich weitgehend mit Themen befaßt, deren Fragestellungen ganz wesentlich auf naturwissenschaftliche Forschung, ihre Einschätzung und Bewertung bezogen waren. Noch nie hat sich eine Enquête-Kommission mit einem auf die Zeitgeschichte bezogenen Thema befaßt. Wer einen Bezug in der Parlamentsgeschichte sucht, könnte ihn höchstens mit dem Ausschuß des Deut-

schen Reichstages finden, der zwölf Jahre lang über die Folgen des Ersten Weltkrieges arbeitete.

Eine Enquête-Kommission ist kein Untersuchungsausschuß. Ein solcher untersucht einen konkreten Vorfall bzw. einen spezifischen Handlungsbereich und sucht entsprechend dann auch nach den jeweils konkreten, d.h. persönlichen Verantwortlichkeiten. Dafür kann er jeden Bürger bis zum Bundeskanzler vorladen; diese sind dann verpflichtet zu erscheinen. Seine Ergebnisse können strafrechtliche Konsequenzen haben. Eine Enquête-Kommission dagegen hat solche Befugnisse nicht, sie verfolgt aber auch ein anderes Ziel. Ihre Aufgabe ist in unserem Fall die Klärung **allgemeiner Zusammenhänge**. Wir fragen danach, wie Entscheidungen zustande kamen, wer wem etwas zu sagen hatte, durch welche Bedingungen das Handeln jeweils beeinflusst war etc. Es soll deutlich werden, wodurch das Leben in der DDR bestimmt war und was es prägte. Der Einzelfall hat nur exemplarische, den Gesamtzusammenhang erhellende Bedeutung.

Bei eingeladenen Zeitzeugen ist die Enquête-Kommission auf freiwilliges und offenes Reden angewiesen, auf die Bereitschaft, das eigene Erleben und die entsprechenden Kenntnisse wahrheitsgemäß darzustellen; Aussagen über die jeweiligen eigenen Kenntnisse sind uns besonders wichtig.

## Skepsis

Von Anfang an gab es manche Skepsis, mit einer Enquête-Kommission die DDR-Vergangenheit aufarbeiten zu wollen. Zwei der Argumentationen will ich benennen, die sich, meines Erachtens, auch nicht grundsätzlich widerlegen lassen, da sie eine dauerhafte Gefahr für die Arbeit der Kommission darstellen, die sie nur durch ihre konkrete Arbeit vermeiden kann – oder ihnen verfällt.

– Der erste Einwand kommt von Historikern. Hier wird befürchtet, es solle mit dieser Kommission eine staatlich legitimierte Geschichtsschreibung inauguriert werden bzw. ihre Darstellungen und Bewertungen historischer Sachverhalte sollten gewissermaßen als Staatsweisheit künftig in Schulen gelehrt werden.

Liest man die ersten Anträge der verschiedenen Fraktionen und Gruppen, wird einem dieser Einwand noch verständlicher als er unmittelbar schon ist, denn sie lesen sich eher wie ein Programm eines historischen Forschungsinstituts für die nächsten zwanzig Jahre als

ein Arbeitsauftrag für eine Parlamentskommission.

Die von der Kommission in ihrer ersten Arbeitsphase selbst erstellte Aufgabenstellung ist im Bewußtsein dieser Gefahr formuliert worden und versucht, ihr zu entgehen. Angesichts der Fülle des Stoffes und der Notwendigkeit, daß die Aufarbeitung von Geschichte nur möglich ist, wenn sie angesichts mancher weißer Flecken selbst erhellt und durchleuchtet wird (zumal viele Akten erst jetzt zugänglich sind), wird es eine ständige Versuchung sein, sich mehr dem Erkennen und der Darstellung dieser Geschichte zu widmen, die spezifisch parlamentarische Aufgabe und die Konzentration der Fragestellungen dagegen zu kurz kommen zu lassen.

– Der zweite Einwand befürchtet, daß die notwendige Aufarbeitung der Geschichte zur Schlammschlacht zwischen den Parteien wird, womit Auseinandersetzungen der Vergangenheit einfach nur wiederaufgewärmt werden bzw. die Beschäftigung mit dieser Geschichte nur dazu dient, Material für gegenseitige Vorwürfe zu sammeln, die eigentliche Aufgabe deshalb nicht angemessen angegangen werden könne. Natürlich gibt es auch deutliche Ängste bei beiden großen Parteien, daß in die Diskussion gekommene empfindliche Themen von der anderen Seite entsprechend ausgeschlachtet werden.

Innerhalb der Kommission besteht grundsätzliche Einigkeit darin, daß an Fragen und Problemen nichts ausgespart werden darf; gerade in den sensiblen Themen wie z.B. der Ost- und Deutschlandpolitik der SPD. Doch auch wenn es um die Darstellung der Geschichte der Blockparteien geht, braucht es die notwendigen Differenzierungen! Genau das aber ist die Aufgabe der Kommission. Wo uns diese Differenzierungen wirklich gelingen – und darauf wird es ankommen! –, werden alle ausgestreckten Zeigefinger sehr schnell wieder in der Hand verschwinden. Es wäre auch politisch wenig hilfreich, kritische Fragen und problematische Tatsachen unter dem Tisch halten zu wollen. Es könnte auch gar nicht gelingen. So ist es besser, sie selbst offensiv zu thematisieren und auch internen Streit offen auszutragen. Nur dann wird man Pauschalisierungen vermeiden und die jeweiligen Ereignisse in ihrem historischen Kontext in den Blick bekommen. Außerdem bin ich überzeugt, daß das Eingestehen von Fehlern und falschen Einschätzungen eher die politische Glaubwürdigkeit erhöht als schadet.

Wie in der internen Diskussion der FDP gibt es in der CDU seit de Maizières Rede auf dem Vereinigungsparteitag der CDU den Versuch, die Anpassung und Mitverantwortlichkeit der Blockparteien für die DDR-Wirklichkeit nur auf die oberste Parteispitze zu beziehen, die unteren Parteiebenen dagegen zu freieren Ni-

schen mit Ansätzen zu Opposition umzuinterpretieren. In der bisherigen Arbeit der Kommission war sowohl dieser Trend wiederzuerkennen wie auch die Ausichtslosigkeit dieses Unterfangens.

Innerhalb der SPD gibt es Befürchtungen, daß wegen mancher unsachgemäßer Überschreitungen in den achtziger Jahren die Ost- und Deutschlandpolitik der SPD insgesamt in Mißkredit gebracht werden könne. Diese Befürchtung teile ich nur für den Fall, daß man diese Fragen nicht selbst offensiv zum Thema macht und zu den notwendigen Differenzierungen kommt. Die CDU hat diese Politik nach ihrer Regierungsübernahme als Grundlage anerkannt und Helmut Kohl erklärt heute selbst, daß die Ostverträge der Regierung Brandt und der KSZE-Prozeß eine wesentliche Voraussetzung waren auf dem Weg zur deutschen Einheit.

## Zusammensetzung der Kommission

Die Enquête-Kommission setzt sich zusammen aus 32 Abgeordneten und elf Sachverständigen. Erstmals wurden bei den Abgeordneten auch Stellvertreter benannt, die in dieser Zahl eingeschlossen sind. Die Sachverständigen, die für die Arbeit eine herausragende Rolle spielen, haben keine Stellvertreter, was sich angesichts des großen Arbeitsaufwandes als sehr nachteilig herausgestellt hat.

Die SPD stellt zehn Abgeordnete und drei Sachverständige. Acht der dreizehn Mitglieder kommen aus dem Osten, mehrere unter ihnen waren zu DDR-Zeiten in oppositioneller politischer Arbeit engagiert. Die aus dem Westen stammenden Mitglieder waren zu meist entweder wissenschaftlich oder politisch in Fragen der DDR-Geschichte und der Deutschlandpolitik aktiv. Sachverständige sind Hermann Weber, Altmeister der DDR-Geschichte, Bernd Faulenbach, Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD und Martin Gutzeit, Initiator der SDP-Gründung in der DDR und jetzt Landesbeauftragter des Landes Berlin für die Unterlagen der Staatssicherheit. Zur historischen Beratung der Kommission hat die SPD-Fraktion eine Begleitkommission berufen, in der weitere Historiker und Sachverständige die Arbeit begleiten.

Bündnis 90 und PDS haben je zwei Mitglieder und einen Sachverständigen, die FDP vier Mitglieder und einen Sachverständigen.

Die CDU stellt 14 Abgeordnete und fünf Sachverständige. Sprecherin ist die ehemalige Bundesministerin für Innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms. Fünf der sieben Abgeordneten aus dem Osten Deutschlands gehörten der Blockpartei CDU an, mit Eintrittsdaten zwischen 1971 und 1980. Der sechste, 1990 zur CDU gestoßen, entpuppte sich als den Republikanern nahestehend und wurde Anfang 1993

nach entsprechender öffentlicher Aufforderung von seiner Partei aus der Kommissionsarbeit zurückgezogen. Die CDU-Fraktion bekam den Vorsitz der Kommission und hat ihn verständlicherweise mit Rainer Eppelmann besetzt, dem einzigen DDR-Oppositionellen in ihren Reihen. So wurde die Kommission in den Medien oft mit seinem Namen verbunden, was ihrem öffentlichen Bild angesichts der sehr unterschiedlichen Haltung zu seiner Person nicht immer förderlich ist

## Der Arbeitsauftrag

Anders, als es sonst bei Enquête-Kommissionen üblich ist, hatte die Kommission nach ihrer Einsetzung die Aufgabe, ihren Arbeitsauftrag auf der Grundlage der vorliegenden Anträge selbst zu erarbeiten. Es war dann ein erster Erfolg, daß ihr dies nach anfangs sehr zähen Verhandlungen auch gelang. Am 20. Mai 1992 konnte dieser Auftrag im Bundestag mit großer Mehrheit verabschiedet werden. Obwohl Dietmar Keller, PDS, sich dafür ausgesprochen hatte, stimmte ein Teil der PDS-Abgeordneten dagegen, weil die Bezeichnung „SED-Diktatur“ für die DDR als Vorverurteilung angesehen wurde. Zum Ziel der Arbeit wurde formuliert:

- „– *Beiträge zur politischen und moralischen Rehabilitation der Opfer und zur Überwindung der diktaturbedingten Schäden;*
- *Aufzeigen von Möglichkeiten zur Überwindung fortwirkender Benachteiligungen in Bildung und Beruf;*
- *Beiträge zur Klärung der Problematik von Regierungskriminalität in der DDR;*
- *Erhalt, Sicherung und Öffnung der einschlägigen Archive;*
- *Verbesserung der Voraussetzungen der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SBZ/DDR-Vergangenheit;*
- *Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag im Hinblick auf gesetzgeberische Maßnahmen und sonstige politische Initiativen;*
- *Hinweise zur pädagogisch-psychologischen Verarbeitung der DDR-Vergangenheit.“*

Nach dem Erstellen des Auftrags war es in der Kommissionsarbeit außerordentlich schwierig, zu einem methodisch reflektierten Vorgehen zu kommen. Die CDU/CSU und die FDP wehrten sich ständig mit dem Argument, man müsse doch endlich zu den eigentlichen Inhalten kommen vor der notwendigen methodischen Diskussion. Es hat viel Kampf gekostet, das Erstellen eines Arbeitsplanes für die ganze Legislaturperiode durchzusetzen. Er wurde dann noch vor der Sommerpause 1992 verabschiedet.

## Themenfelder

Sechs große Themenfelder sollen in Schwerpunkten

bis zum Frühjahr 1994 nacheinander behandelt werden:

1. Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung;
2. Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR;
3. Recht, Justiz und Polizei im SED-Staat;
4. Innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen;
5. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur;
6. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Vereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur.

Bis zum Frühjahr/Sommer 1994 soll dann der Bericht der Kommission beraten, redigiert und beschlossen werden.

Nachdem man auf Seiten der Koalition anfangs glaubte, die Kommissionsarbeit bis dahin abschließen zu können, ist es inzwischen Konsens, daß dies dann nur ein Zwischenbericht sein kann, zu dem dann auch eine breite Liste von Fragestellungen gehört, die in dieser relativ kurzen Arbeitszeit von zwei Jahren nicht angemessen behandelt werden konnten. An besonders wichtiger Stelle wird dazu die Behandlung der Wirtschaft der DDR gehören.

## Arbeitsweise

Gleich zu Beginn ihrer Arbeit hat die Kommission eine „Arbeitsgruppe Archive“ gebildet. Hier geht es darum, die Akten- und Archivalie zu sichten und Möglichkeiten ihrer Sicherung und Zugänglichkeit zu erarbeiten. Doch auch für die eigene Arbeit der Kommission wird es erst noch nötig sein, Zugang zu den einschlägigen Akten zu erhalten. Dazu gehören eben nicht nur die Akten aus DDR-Beständen, sondern auch westliche, zumindest aus dem innerdeutschen Ministerium, dem Kanzleramt und den Parteiarchiven von CDU, SPD und FDP. Noch ist völlig offen, ob dieser Zugang ermöglicht wird. Allein die SPD hat bisher einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Ein weiterer offener Bereich sind die noch völlig unerschlossenen Akten in Moskau.

Auf Grund der kurzen Zeitdauer kann die Kommission kaum Forschungsaufträge vergeben, da diese bis zum Ende der Legislaturperiode abgeschlossen sein müßten. So ist sie auf die Vergabe kleinerer Expertisen angewiesen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß diese jeweils einen sehr unterschiedlichen Charakter und Arbeitsumfang haben werden. Manches wird man anhand vorliegender Forschungen zusammenstellen,

vieles jedoch wird bei der Fülle neuen Aktenmaterials in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum nur gesichtet und auf bestimmte Fragestellungen hin geordnet werden können.

Die Erarbeitung der Themen und Fragestellungen für die Expertisen in den verschiedenen Sachgebieten hat die Arbeit der Kommission seit Herbst 1992 intensiv bestimmt. Bei strittigen Auffassungen zu Themenstellungen und beauftragten Personen wird nicht unter allen Umständen ein Konsens gesucht. Es herrscht Einigkeit darüber, daß da, wo es wichtig ist, besser zwei kontroverse Themenstellungen bzw. Personen den Auftrag erhalten sollen, um nicht aus politischen Konsensgründen zu Geschichtsklitterungen zu kommen.

Noch unklar ist bis heute, wie die Auswertung der etwa neunzig Expertisen erfolgen soll und wie ihre Ergebnisse in den Zwischenbericht einfließen werden.

Entsprechend dem Selbstverständnis, möglichst intensiv auch die öffentliche Diskussion über die Vergangenheit in der Gesellschaft mitzuprägen und auch im Westen Deutschlands ein sachgerechtes Bild vom Leben und den inneren Zusammenhängen in der DDR nachzuzeichnen, haben Anhörungen und öffentliche Symposien ein besonderes Gewicht für die Arbeit der Kommission.

Die Kommission begann ihre öffentliche Arbeit Ende September 1992 mit einer Anhörung in Leipzig zum Thema „Grenzen und Möglichkeiten justizieller Aufarbeitung“. Ziel war, gerade durch die Behandlung der strittigen Frage, bis zu welchem Grade justizielle Aufarbeitung möglich ist, die eigene Aufgabe der politischen Aufarbeitung schärfer in den Blick zu bekommen. Dabei wurde deutlich, daß auch die justizielle Aufarbeitung sehr darauf angewiesen ist, einen tieferen und sachgemäßen Einblick in die Lebenszusammenhänge in der DDR zu bekommen, da nur so der individuelle Handlungsspielraum des jeweils Handelnden zu beurteilen ist.

Im Anschluß an diese Anhörung fand dann ein Symposium mit den Gruppen und Initiativen statt, die im Osten Deutschlands in sehr verschiedener Weise an der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit arbeiten. Die gegenseitige Kenntnis der jeweiligen Arbeit und der Kontakt mit diesen Initiativen wird in Zukunft für die Kommission wichtig sein.

Der erste Arbeitsabschnitt der Kommission von Oktober '92 bis Januar '93 über die Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen in der DDR war durch eine Vielzahl von Anhörungen geprägt. Sie befaßten sich mit der Konstituierung des Herrschaftssystems der KPD/SED 1945 bis 1952, mit der Rolle und Bedeutung der Blockparteien und Massenorganisationen in der „voll ausgebildeten“ DDR, mit der Bedeu-

tung, Funktionsweise und Struktur der Staatssicherheit, mit den Machthierarchien und Entscheidungsmechanismen von Politbüro und Regierungsapparat sowie den entsprechenden Strukturen auf Kreisebene und mit der Einflußnahme der Politik auf die Wirtschaft. In einer weiteren Anhörung wurden Opfer der verschiedensten Repressionen befragt, von politischen Häftlingen und Zwangsentlegneten bis zu beruflich Benachteiligten. In diesen Anhörungen ist eine Fülle von Erkenntnissen und Materialien zur Sprache gekommen.

Die Kommission steht nun vor der schwierigen Aufgabe, dies auch zu verarbeiten. Dabei wird die klare Bestimmung ihrer eigenen Aufgabe im Verhältnis zu den Fachausschüssen und die strenge Beachtung der eigenen Zielsetzungen wichtig sein. Um ein Beispiel zu nennen:

Bei der Anhörung von Opfern des DDR-Regimes kam unterschiedlichste Kritik an den bisherigen Regelungen für Rehabilitation und Entschädigung. Es wird nicht Aufgabe der Kommission sein können, ein neues Gesetz zu erarbeiten, sondern danach zu fragen, welche Opfer und Opfergruppen bisher nicht oder nicht genügend im Blick waren, aber berücksichtigt werden müssen. Dabei geht es dann nicht nur um Fragen der finanziellen Entschädigung, sondern auch um mögliche gezielte Förderung von Opfern, z.B. bei beruflich Benachteiligten. Entsprechend wird die Enquête-Kommission dann Bundestag und Bundesregierung darauf hinweisen und Empfehlungen aussprechen, und gerade in diesem Falle nicht erst am Ende der Legislaturperiode.

Am Ende dieses ersten Arbeitsabschnittes der Kommission ist eine neue methodische Reflexion notwendig, bei der eine noch stärkere Konzentration auf klare und begrenzte Fragestellungen wichtig sein wird. Angesichts der Unlust der Kommissionsmitglieder der Koalition, sich auf die Reflexion der Methodik des eigenen Vorgehens einzulassen, wird das nicht einfach sein – trotzdem wird es geleistet werden müssen.

Willy Brandt hat in seiner Rede zur Einsetzung der Enquête-Kommission, seiner letzten Rede im Bundestag, betont, daß es in ihrer Arbeit nicht um Nabelschau gehen kann, sondern um die Ausweitung des Gesichtskreises. Genau diese Erkenntniserweiterung aber haben wir Deutschen, die wir nun in einem Staat miteinander leben und uns gegenseitig so wenig kennen und verstehen, dringend nötig. Nur wenn es uns gelingt, die uns prägende Vergangenheit bewußt zu machen, sie aufzuarbeiten und mit ihren Folgen angemessen umzugehen, werden wir nicht zu Gefangenen dieser Vergangenheit, sondern den Blick freibekommen für die großen Aufgaben, die vor uns liegen.

# Gerechtigkeit im Rechtsstaat



Professor Dr. Jutta Limbach  
Senatorin für Justiz im Land Berlin

## 1. Wir haben Gerechtigkeit gesucht ...

Die gern zitierte Sentenz „Wir haben Gerechtigkeit gesucht, aber den Rechtsstaat bekommen“ wird Bärbel Bohley zugeschrieben. Geburtsort der Bemerkung war ein Forum, das der Bundesjustizminister im Juni 1991 in Bonn mit Frauen und Männern aus der Politik, Presse, Justiz und Wissenschaft veranstaltet hat. (1) Im Mittelpunkt dieses Treffens stand die Frage, welchen Beitrag die Strafjustiz leisten könne, um die Vergangenheit der zweiten Diktatur auf deutschem Boden aufzuarbeiten. Ein fast durchgängiges Motiv der Zusammenkunft war der Zweifel, ob das Unrecht eines totalitären Systems überhaupt mit den Mitteln des Rechtsstaats gehandelt werden kann. Einig war man sich in der Erkenntnis, daß es nicht Sache der Gerichte sein kann, mit einer Diktatur abzurechnen, da die Strafjustiz das Politische nur begrenzt mit Rechtsbegriffen einfangen kann.

Diese Einsicht muß gerade jene schmerzen, die sich gegen das SED-Regime zur Wehr gesetzt haben. Mit einer gewissen Resignation hat Bärbel Bohley auf jenem Forum festgestellt, daß sie nicht an die Fähigkeit der Strafjustiz glaube, Gerechtigkeit herzustellen. „Recht“, so erscheine es ihr und anderen Menschen manchmal, „kommt als Ungerechtigkeit in den neuen Ländern an“. Darin sehe sie ein großes Problem. Denn: „Unser Problem war ja nicht, den westlichen Rechtsstaat zu übernehmen, unser Problem war, daß wir Gerechtigkeit wollten.“ (2)

Hier klingt ein Gegensatz zwischen Rechtsstaat und Gerechtigkeit an. Diese Diskrepanz begleitet nicht nur die schwierige Rezeption des durch den Einigungsvertrag modifizierten bundesrepublikanischen Rechts. Auch die ersten Versuche, DDR-Regimekriminalität zu ahnden, verfestigen die Meinung, daß die Gerechtigkeit wegen des Respekts vor rechtsstaatlichen Garantien verfehlt werde. Der Begriff des Rechtsstaats, der als politischer Kampfbegriff aus der Taufe gehoben worden ist, hat bei vielen seine ursprüngliche Verheißung eingebüßt. Er ist während des mühsamen Prozesses des Zusammenwachsens so inflationär zur Erklärung von Gerechtigkeitsdefiziten gebraucht worden, daß er fast

zur hohlen Phrase verkommen ist. Das Spannungsverhältnis zwischen den Garantien des Rechtsstaats und der Gerechtigkeit hat für viele angesichts der humanen Grenzen irdischer Gerechtigkeit im Falle Honecker schließlich seine Zerreißprobe erfahren.

Der Verlauf und das Ende des Prozesses gegen Erich Honecker hat Wut und Empörung ausgelöst. Noch nie habe ich so viele Zuschriften erhalten, wie während und vor allem zum Ende dieses Verfahrens.

Im August des Vorjahres schrieb mir z.B. ein Bürger aus Köln:

„Warum nur diese Gefühlsduselei um den Verbrecher Honecker?“

Wieviel 'Rechtsstaatlichkeit' hat er denn gegen seine DDR-Bürger geübt?

Hat Honecker diese Rücksichtnahme verdient?

Geben Sie sich nicht der Lächerlichkeit preis ...“

Und ein Brief unmittelbar nach der Freilassung Honeckers:

„Das saubere Pärchen Erich und Margot wird seinen Triumph über deutsche Rechtsstaatlichkeit genüsslich auskosten, möglicherweise trotz ärztlicher Gutachten noch Jahre ...“

Zuletzt sei aus einem dritten Brief zitiert:

„Mit Recht kann man wieder sagen, die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen.“

Was uns in der ehemaligen DDR alles unter Menschenwürde und KSZE-Beschlüssen verkauft wurde ... Von Recht und Gerechtigkeit keine Spur!

Am 30. 4. 1985 wurde ich verhaftet und zu 20 Monaten verurteilt, weil ich nicht mehr in dem roten 'Staat' leben wollte. Ich erlebte furchtbare 198 Tage im Knast!

... Für mich ist die Entscheidung eine Ohrfeige, für meine Eltern ein Tritt ins Gesicht.

Rechtsstaatliche Grundsätze wären nicht verletzt worden, wenn man den Honecker in einem Haftkrankenhaus hätte sterben lassen.“

Auch Politiker aus den neuen Ländern haben nicht weniger empört reagiert und der Bundesregierung den Vorwurf gemacht, daß sie von 1990 bis 1992 die Zeit verschlafen habe. „Weil sie sich nicht die Mühe machte, ein rechtliches Instrumentarium gegen DDR-Regimekriminalität zu schaffen, seien der Prozeß gegen Honecker zur Karikatur verkommen und die Hoffnung der vielen Opfer auf Gerechtigkeit zerschlagen worden.“ (3)

Diese Vorwürfe sind Legion. Sie zwingen zum Nachdenken über unser rechtsstaatliches System. Müssen wir in der Tat eine Hypertrophie des Rechtsstaats konstatieren? Müssen wir uns den Vorwurf machen lassen, daß wir uns der Herausforderung nicht gestellt hätten, das Unrecht der DDR aufzuarbeiten?

Ogleich die kritische Distanz über das Straf- und

Strafverfahrensrecht hinausreicht, möchte ich meine Überlegungen auf diesen Rechtskreis beschränken. Die Frage soll sich zunächst darauf richten, was eigentlich das rechtsstaatliche Instrumentarium eines Strafverfahrens ausmacht. Sodann gilt es, die Garantien des Rechtsstaats in ein Verhältnis zu dem Ziel des Strafverfahrens zu setzen, nämlich der gerechten Entscheidung.

## 2. Elemente des Rechtsstaats

Das Wort Rechtsstaat wird in vielfältiger Weise gebraucht. Zumeist dient der Begriff als Kürzel für eine Reihe von Aspekten, die ihrerseits in der Verfassung angelegt sind. Solche Einzelelemente des Rechtsstaats sind die Gewähr von Grundrechten, das Prinzip der Gewaltenteilung, die Gesetzesbindung der Verwaltung, die Voraussehbarkeit staatlichen Handelns und nicht zuletzt der Rechtsschutz bei Eingriffen der öffentlichen Gewalt. (4)

Mit Bezug auf die Strafrechtspflege dient der Rechtsstaatsbegriff zumeist als Sammelbegriff für eine Reihe von Verfahrensprinzipien, insbesondere der Justizgrundrechte. Hierzu zählen das Verbot von Ausnahmerichtern, der Anspruch auf rechtliches Gehör, das Prinzip des nulla poena sine lege, und die Unabhängigkeit des Gerichts. Hinzu kommen die im Grundgesetz nicht eigens erwähnte Unschuldsvermutung und das Schuldprinzip sowie die Verhältnismäßigkeit der Strafe. Schließlich ist im Rechtsstaat die Strafrechtspflege einer dritten Gewalt übertragen worden, „die den Prozeß von Schuldfeststellung, Verurteilung und Strafvollstreckung der polizeilichen Opportunität staatlicher Exekutive und den kurzzeitigen Gewinnmitnahmen der Tagespolitik entzieht“ (5).

All diese Grundsätze sind im Laufe der Diskussion über die Regierungskriminalität außerhalb und innerhalb des Gerichtssaals wiederholt thematisiert worden.

### 2.1 Die Idee des Tribunals

Mit dem Prinzip des nulla poena sine lege, keine Strafe ohne ein zur Tatzeit bereits geltendes Gesetz, ist der Idee eines politischen Tribunals begegnet worden. Mit diesem wollte man angesichts der Schwerfälligkeit der Strafjustiz das Bedürfnis nach Sühne politisch-historischer Schuld stillen.

Der Grundsatz, wonach der Staat nur im Vorhinein genau umschriebene Verfehlungen bestrafen darf, dient nicht nur der Orientierungssicherheit der Bürger. Gewiß sollen diese vorher wissen, ob ihr geplantes Verhalten mit Strafe bedroht ist oder nicht. Letzterenfalls hat sie der Staat in Ruhe zu lassen. Das bedeutet aber

zugleich, worauf Robert Leicht treffend hingewiesen hat: „Wo nicht einmal der Staat etwas von seinen Bürgern verlangen kann, haben Dritte, haben z.B. Tribunale erst recht nichts verloren.“ (6)

Wohin es führt, wenn selbst ernannte Gerichte die Fesseln des justizförmigen Verfahrens abstreifen, zeigt die immer mehr entgleitende Stasi-Debatte. Unbeschwert durch die Unschuldsumutung werden fragwürdige Urkunden ausgewertet, Zeugenaussagen per eidesstattlicher Versicherung juristisch dingfest gemacht. Urteile, wenn auch nur moralische, werden gefällt. Eine Aufgabe, die man gern den aufrechten Zeitzeugen aus der DDR überträgt. Dabei geht der Sinn für die Einsicht verloren, daß nur in einem justizförmigen Verfahren der Wahrheitsgehalt von Beweismitteln beurteilt und Menschen abgeurteilt werden können.

## 2.2 Die Einfallsarmut der Juristen

Wiederholt ist die Säumigkeit der Politiker und die fehlende Einfallsfreude der Juristen, insbesondere von Politikern aus den neuen Ländern, beklagt worden. Gern wird auf das Beispiel der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die Tatsache verwiesen, daß erst in dem Londoner Abkommen aus dem Jahre 1945 die Straftatbestände der Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen im engeren Sinne und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus der Taufe gehoben worden sind. Doch obgleich wir die damaligen Schuldsprüche als einen Akt historischer Gerechtigkeit empfinden, wissen wir um die juristische Fragwürdigkeit solcher rückwirkender Strafgesetze. (7) Spätestens hier gilt es, sich zu vergegenwärtigen, daß das Regime-Unrecht der Deutschen Demokratischen Republik nicht mit der Perversion des Rechts im Nationalsozialismus und der in seinem Schatten arbeitenden Vernichtungsmaschinerie gleichgesetzt werden darf.

In den Zuschriften aus der Bevölkerung wird immer wieder geltend gemacht, daß es sich bei dem Politbüro, dem Zentralkomitee und den Ministerien – insbesondere dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – im Grunde um eine kriminelle Vereinigung gehandelt habe, die ein ganzes Staatsvolk seiner Freiheit beraubt habe. Man möchte auf die Anwendung eines Straftatbestands hinaus, der die schlichte Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung unter Strafe stellt. Doch wird man selbst das MfS nicht als eine Vereinigung betrachten dürfen, deren Zwecke oder Tätigkeit darauf gerichtet war, Straftaten zu begehen. Sie diente nachrichtendienstlichen Zwecken. Ihr hauptsächlichster Zweck war es nicht, Straftaten zu planen und zu begehen, obwohl diese zu seinem Alltag gehörten. Das bereits erwähnte Prinzip des *nulla poene sine lege* verbie-

tet es, die Paragraphen des Strafgesetzbuches flexibel einzusetzen. Es verbietet es, die Vorschrift über die kriminelle Vereinigung auf den im Gesetz nicht geregelten Fall einer Behörde anzuwenden, die bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auch vor Menschenrechtsverletzungen nicht zurückschreckte. Der Wunsch, auf diese Weise die niederträchtige Arbeit der Spitzel effektiver verfolgen zu können, rechtfertigt nicht eine solche Analogie.

## 3. Rechtsstaat und Gerechtigkeit

Die vorstehend nur beispielhaft erörterten Garantien eines rechtsstaatlichen Strafverfahrens scheinen allesamt darauf hinauszulaufen, den Beschuldigten zu privilegieren und – so der Volksmund – der Gerechtigkeit ein Schnippchen zu schlagen. Sie lesen sich wie ein Beweis der These Bärbel Bohleys, die einen Gegensatz von Rechtsstaat und Gerechtigkeit unterstellt. Denn bleibt da nicht das Gebot einer effektiven Strafrechtspflege auf der Strecke?

Wer belegen will, daß es sich bei den unter der Vokabel Rechtsstaat zusammengefaßten Grundsätzen und Verfahrensnorm nicht nur um Förmlichkeiten handelt, sondern um Gerechtigkeit intendierende Garantien, der muß sich den Zweck des justizförmigen Verfahrens vergegenwärtigen.

Die staatliche Strafgewalt zielt auf die Bekämpfung des Verbrechens. Ausgehend von dieser Prämisse verfolgt das Strafverfahren ein Doppelziel: den Schuldigen zu bestrafen und den Unschuldigen gegen ungerechte Maßnahmen der staatlichen Gewalt zu schützen. Um dieses Doppelziel zu erreichen, ist die Strafrechtspflege bewußt *justizförmig* ausgestaltet worden. (8) So verbürgen die Unabhängigkeit und Gesetzesunterworfenheit der Richter Freiheit gegenüber politischen Vorgaben und Zweckmäßigkeitdenken, so daß nur das Recht zu Wort kommt. (9) So zielt das strenge Beweisrecht darauf ab, daß das Gericht seiner Entscheidung einen Sachverhalt zugrunde legt, den die Richter nach ihrer Überzeugung als einen der Wahrheit entsprechenden ansehen. Die Intention auf Wahrheit und Gerechtigkeit ist denn auch das Arbeitsethos der justizförmigen Strafrechtspflege. (10)

Die Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit verlangt eine Gestaltung des Verfahrens, die dafür bürgt, daß alle entscheidungserheblichen Fakten und Gesichtspunkte zu Tage kommen. Wir sprechen in diesem Zusammenhang gern von dem rechtsstaatlichen Gebot der Fairneß im Verfahrensrecht. Damit ist vor allem gemeint, daß der Angeklagte die Chance hat, das Verfahren zu beeinflussen. Das Gebot des rechtlichen Gehörs, das Beweisrecht und die Möglichkeit einer effektiven Strafverteidigung sind Niederschlag jener Fairneß.



Diese ist ihrerseits Ausfluß des Würdeschutzes des Artikels 1 Absatz 1 Grundgesetz. (11) Sind dem Angeklagten demgemäß Artikulationsmöglichkeiten einzuräumen, so muß auch darauf Bedacht genommen werden, ob dieser psychisch und physisch in der Lage ist, diese zu nutzen. Auch das Erfordernis der Verhandlungs- und Verteidigungsfähigkeit des Angeklagten ist eine zwingende, der Menschenwürde geschuldete Voraussetzung eines fairen Verfahrens. Der Beschuldigte oder Angeklagte darf nicht zum bloßen Objekt des Gerichtsverfahrens werden. (12)

Das Ausmaß der Chancen, sich zu verteidigen, darf dabei nicht von dem Ausmaß des Schuldvorwurfs abhängig gemacht werden. Auch der Mörder, dessen Schuld offen zu Tage zu liegen scheint, muß die gleichen Artikulationsmöglichkeiten wie jeder andere Angeklagte haben. Er muß zu dem ihm gemachten Vorwurf selbst Stellung nehmen können, seine Schuld, seinen Vorsatz und überhaupt die Strafbarkeit seines Tuns in Abrede stellen können. Das ist eine denkwürdige Folge der Unschuldsvermutung. In gleicher Weise erheischt das Prinzip des schuldangemessenen Strafens die Möglichkeit des Angeklagten, auf Gesichtspunkte hinweisen zu dürfen, die die Höhe der Strafe beeinflussen könnten.

Verständlicherweise verdrießt es vor allem die Opfer des DDR-Regimes, daß Erich Honecker und seinen Genossen Verfahrensgarantien zugute kommen, von denen sie – die Opfer – vor 1989 nur haben träumen können. Sie können nicht begreifen, daß Honecker mit akkurater Fairneß sowie Rücksichtnahme auf sein Alter und seine Krankheit behandelt worden ist. Verwirkt nicht derjenige die rechtsstaatlichen Garantien eines fairen Verfahrens, der die seiner Mitmenschen hundert- wenn nicht gar tausendfach mißachtet hat?

Gerade das Grundrecht der Menschenwürde, auf das der Berliner Verfassungsgerichtshof seine Entscheidung gestützt hat, wird durch einen Mißbrauch nicht verwirkt. Ein Studium der Waldheim-Prozesse macht erschreckend deutlich, wohin es führt, wenn man sich aus Gründen der Effizienz und Zügigkeit von rechtsstaatlichen Prinzipien verabschiedet. Ein Rechtsstaat, der hier nach dem Prinzip des „wie Du mir, so ich Dir“ verfährt, gibt sich selber auf.

Die Schranken einer rechtsstaatlichen Justiz sollten nicht vordergründig als formale Subtilitäten geringgeschätzt werden, die nur den prompten Zugriff des Staates auf den Täter verhindern. Denn sie schützen die unschuldig in Verdacht Geratenen vor einseitigen Recherchen, in dem diese selbständig als Prozeßsubjekte ihre Interessen vertreten können. (13) Letztlich schützen die Fairneß-Regeln uns alle vor den Vor- und Fehlurteilen der Selbstgerechten und der Gerichte.

- (1) *Vierzig Jahre SED-Unrecht, eine Herausforderung für den Rechtsstaat, in: Sonderheft 2 der Zeitschrift für Gesetzgebung 1991*
- (2) *a.a.O., Fußnote 1, S.31*
- (3) *So Arnold Vaatz in seinem Protestbrief wegen des Honeckerprozesses an Kanzler Kohl, in: „Wochenpost“ vom 21. 1. 1993, S.2*
- (4) *von Münch/Kunig (Hrsg.), Grundgesetzkommentar, Bd. I, München 1992, Randzeichen 22, 23*
- (5) *Detlef Krauß, Strafgesetzgebung im Rechtsstaat, Vortrag, gehalten auf dem Alternativen Juristentag 1992, Hannover, S.2*
- (6) *Robert Leicht, Am Pranger der Gerechten, in: Albrecht Schönherr (Hrsg.), Ein Volk am Pranger?, Berlin 1992, S. 64ff., 67*
- (7) *Wilhelm Grewe, Über das Völkerrecht des Nürnberger Prozesses, in: Stuttgarter Privatstudien-Gesellschaft (Hrsg.), Nürnberg als Rechtsfrage, Stuttgart 1947, S. 7f., 10*
- (8) *Eberhard Schmidt, Lehrkommentar zur Strafprozessordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, Bd. I, Göttingen 1952, Randzeichen 13-22*
- (9) *Eberhard Schmidt, a.a.O., Fußnote 8*
- (10) *Eberhard Schmidt, a.a.O., Fußnote 8, Randzeichen 13-20*
- (11) *Philip Kunig, Das Rechtsstaatsprinzip, Tübingen 1986, S. 379*
- (12) *In dieser Rechtsfrage sind sich wohl alle Berliner Gerichte im Falle Honeckers einig gewesen. Man mag zwar heute noch fragen, wie krank Erich Honecker wirklich war und ob der Prozeß nicht auf die eine oder andere Weise hätte zu Ende geführt werden können. Diese Frage zu stellen, ist nunmehr müßig. Denn auch das gehört zur Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens, daß die Entscheidung des Gerichts – sobald der Rechtsweg erschöpft ist – zu respektieren ist, auch wenn Zweifel hinsichtlich der Tatfrage bleiben.*
- (13) *Eberhard Schmidt, a.a.O., Fußnote 9, Randzeichen 104, und Robert Leicht, a.a.O., Fußnote 6, S. 68*

## Erinnerung als Ressource

### Geschichte und Utopie im vereinigten Deutschland



Professor Dr. Jürgen Kocka  
Historiker an der Freien Universität  
und am Wissenschaftskolleg zu Berlin

Die Geschichte gibt nichts umsonst. Schubweise werden die Kosten klar, die für das Ende des diktatorischen Kommunismus und für die Wiederherstellung des Nationalstaats nachträglich zu zahlen sind. Die deutsche Vereinigungskrise spitzt sich zu. In teils blutigen Konvulsionen wird im östlichen und südöstlichen Europa die Landkarte neu geordnet, die von den Siegern der Weltkriege festgelegt worden war. Neue Stabilität zeichnet sich nirgends ab, die Gefahr sich ausbreitender Kriege wächst. Alte Strukturen und Mentalitäten gewinnen Geschichtsmächtigkeit zurück und verknüpfen sich mit neuen Problemen wie dem der Massenmigration. Die Zukunft wird unsicherer und dunkler.

#### Zeichen der Krise

Fast alle haben mit dem Umbruch von 1989/90 auch etwas verloren: die Ostdeutschen ihre kleine Sicherheit unter dem Dach einer repressiven, aber zugleich fürsorglichen Diktatur; die Westdeutschen die DDR, den kleinen, häßlichen Bruder, auf den man abschätzig hinabblicken konnte, wodurch man das eigene Selbstbewußtsein beträchtlich stärkte; das westliche Europa die Bedrohung durch den Osten und damit einen entscheidenden Antriebs zur westeuropäischen Integration; die NATO ihren existenzbegründenden Feind; manche Linken ihre Utopien und manche Sozialwissenschaftler ihre Paradigmen; und die westlichen Demokratien insgesamt ihren fundamentalen Widerpart, aus dessen Zurückweisung sie ein Maß an Kraft, Legitimität und Stabilität schöpften, die sie allein aus sich heraus kaum aufgebracht hätten.

Folgt langfristig die Destabilisierung des Westens aus dem Zusammenbruch des Ostens? Mancher denkt heute so. Das Gerede um das angebliche Ende der Geschichte liegt weit zurück. Im Gegenteil: Die Geschichte wird wieder spannend, mehr als uns lieb ist.

In Deutschland zerbröckeln die Strukturen, die der West-Ost-Konflikt über Jahrzehnte prägte. Darunter kommen alte Belastungen und neue Unsicherheiten bedrohlich hervor: Nationalismus, alte Illiberalität, massiver Fremdenhaß, Neofaschismus, Orientierungs-

losigkeit, Verunsicherung und Gewaltbereitschaft aller Art. Der Staat, der sich gegen linksradikale Terroristen in den 70er und 80er Jahren kraftvoll zur Wehr gesetzt hatte, schien lange halbblind und zahnlos gegenüber rechtsradikalem Terror. In manchen Kreisen breitete sich klammheimliche Zustimmung aus, wenn die Heime der Fremden brannten. Die rechten Gewalttäter konnten in der Öffentlichkeit, bei der Polizei und bei den Gerichten mit einem Maß an Verständnis und stillschweigender Duldung rechnen, das man den linken Gewalttätern nie entgegengebracht hatte. Erst spät im Jahr 1992 begann sich die Gegenwehr der Bürger und dann auch der staatlichen Organe zu verstärken, Monate zu spät. Im Inneren ist 1992 viel zerbrochen, und für das Ausland ist das Bild der Deutschen erneut verunstaltet worden. Das Klima veränderte sich. Staatsrechtlich kam der Veränderungsschub für Deutschland 1990, auf dem Gebiet der Mentalitäten kam er im Sommer und Herbst 1992.

Die Politikverdrossenheit nimmt zu, die alte deutsche Geringschätzung des Parteienstaats taucht wieder auf. Sicher resultiert sie zum Teil aus den tatsächlichen Schwächen unserer Parteien und politischen Institutionen. Aber ebenso oft nährt sie sich aus übertriebenen Erwartungen an den Obrigkeitsstaat – heute sagt man: an „die politische Klasse“. Daß Politik ein langsames, zähes Bohren an dicken Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich ist, daß sie angesichts erdrückend großer Probleme oft wenig vermag und dennoch fortgesetzt werden muß, dafür fehlt es an Bewußtsein, besonders unter den Jungen. Trotz aller Anstrengung der letzten Jahrzehnte ist der Stand der politischen Bildung gering, auch im Westen der Republik.

Die intellektuellen Absetzbewegungen von der alten Bundesrepublik nehmen zu.

Ostdeutsche Intellektuelle, die westlichen Dingen verständlicherweise noch fernstehen und die Verwestlichung allzu oft als Überwältigung und Entwurzelung erfahren müssen, fordern die Neubestimmung auf einen deutschen „Eigenweg“ zwischen Ost und West, das Anknüpfen an das „Traditionspotential der vorgängigen einheitlichen deutschen Kultur“. Nach dem Ende der erzwungenen „Ost-Anlehnung“ der DDR könne man nun auch die „West-Anlehnung“ der alten Bundesrepublik lockern, so Heiner Müller, Christa Wolf und Friedrich Dieckmann vor einigen Monaten. Als ob beides gleiche Qualität gehabt hätte! Als ob man nach zwei Diktaturen an alte deutsche (und preußische) Traditionen so einfach anknüpfen und deren Selbstdiskreditierung vergessen könnte! Als ob nicht die vorbehaltlose Einordnung der alten Bundesrepublik in die politische Kultur des Westens ihren größten Vorzug

dargestellt hätte, in Absetzung von der problematischen Geschichte des „deutschen Sonderwegs“, der ja im Kern eine Abkehr vom Westen bedeutete und im Nationalsozialismus kulminierte. Zurück auf den Sonderweg? Wir sollten uns hüten.

Nichts mehr ist wie es war, so sagt man, oft auch im Westen. Dies ist ein problematischer Spruch. Denn er gehört nur allzu oft zu einer Rhetorik, die das neue vereinigte Deutschland von der alten Bundesrepublik absetzt, die angeblich zu machtvorgessen, zu sehr auf bürgerliche Selbstverwirklichung orientiert, zu behäbig gewesen sei und zu wenig Sinn für Opferbereitschaft, Größe und Verantwortung in der Welt gehabt habe. Intellektuelle mit Sinn für Größe – wie Karl Heinz Bohrer – und Intellektuelle mit rascher Wendefähigkeit – wie Arnulf Baring – haben der Altbundesrepublik-Schelte früh den Weg gewiesen: Jener warf der Bonner Republik ihre Provinzialität und ihr ästhetisches Unvermögen vor, dieser vergaß flugs seine ältere Warnung vor dem „neuen deutschen Größenwahn“ und ruft nun das neue Deutschland dazu auf, sich kraftvoll in der Tradition des alten Bismarck-Reichs zu verstehen; neue Machtpolitik in der Mitte Europas zu betreiben und endlich zu lernen, weltpolitische Verantwortung zu tragen. Diese neu-deutsche Rhetorik unterschlägt, daß die alte Bundesrepublik trotz aller Gebrechen das gelungenste Stück deutscher Geschichte seit langem darstellte. Man tut gut daran, alles zu versuchen, um das neue Deutschland, trotz notwendiger und im Gang befindlicher Änderungen, so klar und sicher wie möglich in der Tradition der alten Bundesrepublik zu verankern.

### Die DDR historisch begreifen

Wir sollten unter dem Eindruck der unerwartet schwierigen und gefährlichen Folgen nicht vergessen, daß 1989/90 einen grandiosen Fortschritt in der Geschichte der Freiheit gebracht hat. Deshalb erscheinen die Freudenfeste, die 1989/90 in Budapest und Prag, in Leipzig und Ost-Berlin stattfanden, auch heute nicht schal.

Eine historisch zutreffende Sicht auf die vergangene Deutsche Demokratische Republik ist dringend nötig, damit die Auseinandersetzung mit ihrem Erbe nicht ganz mißrät. Dabei scheint mir dreierlei besonders wichtig:

Einerseits blieb die DDR an Unerträglichkeit, Aggressivität, Menschenverachtung und Irrationalität vom barbarischen Nazi-Reich entfernt und unterschieden. Die notwendigen Vergleiche zwischen beiden deutschen Diktaturen ebnen diese Differenz nicht ein, sondern arbeiten sie heraus. Es lag auch an dieser Dif-

ferenz, daß man als ost- wie als westdeutscher Zeitgenosse auf eine allmähliche Verbesserung der DDR-internen Verhältnisse setzen, auf die zukünftige Einlösung ihres sozialistischen Versprechens hoffen und auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse für kleine Schritte arbeiten konnte, ohne sich hoffnungslos zu kompromittieren.

Andererseits war die DDR eine Diktatur, die andere Verhaltensweisen erzwang als der liberaldemokratische Rechtsstaat, wenn man denn überhaupt etwas erreichen wollte und nicht die Alternative der bewundernswerten, weil persönlich riskanten, aber wirkungsarmen Abseits- und Oppositionsrolle wählte. Erst im Lauf des Jahres 1989 änderte sich das.

Schließlich: Die DDR war viel mehr noch als die Bundesrepublik eine Funktion der internationalen Politik. Sie stand unter der Hegemonie des sowjetischen Weltreichs, von diesem wurde sie geprägt und gestützt. Daß dieses Imperium so schnell und relativ unblutig niederging, war aufgrund aller historischen Erfahrung nicht zu erwarten. 1989/90 geschah in dieser Hinsicht etwas historisch höchst Unwahrscheinliches. Damit konnte man nicht rechnen, gerade wenn man aus der Geschichte zu lernen versuchte. Vielmehr lag es nahe, von der Existenz einer Alternative zwischen Krieg (den man nicht wünschen konnte) und relativer Dauerhaftigkeit (wenn auch nicht Unveränderbarkeit) der DDR auszugehen.

In der Debatte über die Tätigkeit Manfred Stolpes zwischen Kirche und Staat der DDR, wie überhaupt in der Auseinandersetzung mit der bedrückenden Erbschaft der zweiten deutschen Diktatur werden diese drei Aspekte manchmal zu wenig in Rechnung gestellt.

### Die Diktaturen stabilisierten die Demokratie

Sicherlich trifft es zu, daß die Herausforderung durch undemokratische Diktaturen die westlichen Demokratien letztlich gestärkt hat. In den zwanziger Jahren sagte kaum jemand der parlamentarischen Demokratie eine lange und erfolgreiche Zukunft voraus, Carl Schmitts Parlamentarismus-Schelte war kein Einzelfall, und bei den Befürwortern liberaler Demokratie herrschten Skepsis und Verzagtheit vor, nicht nur in Deutschland. Auf diesem Hintergrund ist der Siegeszug der parlamentarischen Demokratie nach 1945 unerwartet, ja spektakulär. Natürlich verdankte er sich teilweise wirtschaftlichen Erfolgen. Aber die parlamentarische Demokratie profitierte eben auch von den menschenverachtenden Resultaten, zu denen ihre Verneinung, d.h. die Diktaturen faschistischer und kommunistischer

Art, unübersehbar führten.

Nach den katastrophalen Erfahrungen der deutschen Geschichte war es nicht wenig, vielmehr durchaus Anlaß zur Befriedigung, daß es gelang, im westlichen Deutschland ein funktionierendes westliches System zu errichten: mit Rechtsstaat, Parlamentarismus und sozialer Demokratie. Die Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur, ihren Krieg, ihre Barbarei – und die betonte Absetzung davon – motivierten zum Engagement und legitimierten den Neuaufbau. Dazu kam sehr bald die Absetzung von der Diktatur im Osten. Täglich war zu erfahren und noch frisch zu erinnern: Die westliche Demokratie ist nicht selbstverständlich, man kann sie auch rasch verlieren, sie dient den Lebensinteressen der Menschen viel mehr als jede ihrer diktatorischen Alternativen. Die Absetzung von der faschistischen Diktatur vor 1945 und von der kommunistischen Diktatur östlich der Elbe festigte das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik.

Die Diktaturen bedrohten also die parlamentarische Demokratie nicht nur, sie legitimierten sie auch. Mit ihrem Zusammenbruch tauchen die alten Zweifel an der Überlebenskraft liberaler Demokratie wieder auf, die, so fürchten einige, ohne Utopie, die sie längst nicht mehr habe, und ohne totalitäre Herausforderung, die nun ebenfalls fehlt, nicht genug Bindungskraft und Selbstbegründungsfähigkeit besitze. Doch läßt sich folgendes dagegenhalten.

### Verfassungspatriotismus mit Bindungskraft

Der Kalte Krieg hat die Bundesrepublik nicht nur stabilisiert, sondern auch verkrustet. Feindbilder legitimieren nicht nur, sie verhärten und verzerren auch. Der selbstgerecht-blinde Antikommunismus der 50er und 60er Jahre, später der „Radikalerlaß“ beeinträchtigten die neu entstehende Bürgergesellschaft der Bundesrepublik zu ihrem Schaden.

1989 wurde klar, wieviel Zustimmung die Bundesrepublik bis weit in die Linke hinein gewonnen hatte. Dies war ihr nicht zuletzt deshalb gelungen, weil sie seit Brandts neuer Ostpolitik und der inneren Demokratisierung die Fronten des Kalten Kriegs und die inneren Verkrustungen in seiner Folge kräftig zu mildern verstanden hatte. Die Bundesrepublik war nicht nur ein Kind des Kalten Krieges, vielmehr bezog sie aus dessen partieller Überwindung lange vor 1989 einen erheblichen Teil ihrer Legitimität. Die Ostpolitik war keine nachträglich zu bereuende Kollaboration mit östlichen Diktaturen. Sie half nicht nur mit, langfristig die Bedingungen zu schaffen, unter denen schließlich der



Ostblock zusammenbrach. Sie war auch ein entscheidendes Mittel zur inneren Entkrampfung der Bundesrepublik, die dadurch bei vielen ihrer Bürger Anerkennung fand, die ihr vorher kritisch bis ablehnend gegenüber gestanden hatten.

In einer Gesellschaft, zu deren Geschichte die Erfahrung zweier Diktaturen gehört, ist historische Erinnerung eine wichtige Ressource für die Begründung demokratischer Legitimität. In einer solchen Gesellschaft kann Verfassungspatriotismus jene auch emotionale Bindungs- und Motivationskraft entwickeln, die ihm – aufgrund seiner Nüchternheit und „Kälte“ – angeblich abgeht. Wer nicht nur weiß, son-

dern wirklich präsent hat, was an kollektiver Barbarei bei Demokratieverlust menschenmöglich ist und in Deutschland wirklich war, wird gewisse Resistenz gegenüber der Versuchung besitzen, das hierzulande erreichte Maß an liberaler und sozialer Demokratisierung für selbstverständlich, langweilig oder historisch perspektivlos zu halten.

Wem gegenwärtig ist, daß und warum das Maß an Zivilität, das demokratische Systeme verbürgen, leicht verloren gehen kann, wird auch zukünftig den historischen Sinn liberaler Demokratie, dort wo sie existiert, in der Vermeidung ihres Gegenteils erblicken können. Wer weiß, daß liberale Demokratien ohne

historisch seltene und allzeit gefährdete Figurationen aus politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren nur schwer errungen oder erhalten werden können, wird diese Figurationen pflegen, wo sie einigermaßen bestehen, und fördern, wo sie fehlen.

Aus Gründen demokratischer Stabilität ist also historische Erinnerung nötig und jedes Schlußstrich-Denken fatal. Nach dem vorläufigen Ende der Diktaturen sind historische Erinnerung und Aufklärung noch dringender geworden.

### Bürgergesellschaft als Utopie

Angeblich fehlt es der westlichen Gesellschaft zur Selbstbegründung an Utopie, vor allem seit 1989. Doch das aus der Aufklärung des späten 18. Jahrhunderts stammende Programm der Bürgergesellschaft (Zivilgesellschaft) ist bis heute weder widerlegt noch erfüllt. Es wurde in den letzten zwei Jahrhunderten weiterentwickelt, ergänzt und revidiert, nicht zuletzt durch Sozialdemokraten und Sozialisten. Erst spät hat es sich dem Problem der Geschlechterungleichheit gestellt. Jetzt steht seine ökologische Überarbeitung an. Aber das in Wandlung befindliche Programm der Bürgergesellschaft zielt weiterhin auf ein vernünftiges Zusammenleben freier Bürger und Bürgerinnen, mit gleichen Lebens- und Partizipationschancen, unter rechts- und verfassungsstaatlichen Garantien, ohne obrigkeitliche Gängelung und ohne überflüssige Herrschaft, ohne Gewalt und in Mündigkeit.

Die Abschaffung des Marktes dient seiner Realisierung nicht, das mußten viele erst lernen. Aber mit allzu großen sozialen und ökonomischen Unterschieden ist dieses Programm auch nicht vereinbar. Ohne sozialdemokratische Erweiterung bleibt es ein Privileg von Eliten und damit im Widerspruch mit sich selbst. Seine weltweite Ausbreitung hat erst begonnen. Seiner Universalisierung stehen schon aus ökologischen Gründen enge Grenzen entgegen, die es nicht durchbrechen wird, ohne sich selbst grundsätzlich zu ändern.

Durch den Umbruch von 1989 und den Zusammenbruch des diktatorischen Kommunismus wurde dieses Programm keineswegs widerlegt, ganz im Gegenteil. Wer linke Utopien sucht, in diesem Umkreis sind sie zu finden. What's left? Sehr viel. Die aktuelle Präzisierung des Programms steht allerdings aus, und seine volle Realisierung ist weit entfernt, erst recht im gegenwärtigen Deutschland, das hinter den Stand an Zivilität zurückzufallen scheint, der in der alten Bundesrepublik bereits erreicht war.

# Mut zur eigenen Geschichte

## Lehren aus der Vergangenheitsbewältigung



Wolfgang Thierse  
Mitglied des Bundestages  
Stellvertretender Vorsitzender der  
SPD und ihrer Bundestagsfraktion

(Rede in der Reihe „Eine Nation erforscht ihr Gewissen“  
am 7. November 1992 im Bayerischen Rundfunk)

Das Thema wirft Fragen auf, trifft möglicherweise bei dem einen oder anderen auf Vorbehalte: Muß es denn sein? Schon wieder Vergangenheitsbewältigung! Oder gar: Die Osis sollen mich doch endlich mit ihren Problemen verschonen.

Alle diese Reaktionen sind uns, uns Deutschen, aus der Diskussion nach 1945 wohl bekannt. Auch damals gab es diese Verstocktheit, diese Weigerung, sich mit Vergangenheit, der eigenen persönlichen Vergangenheit wie der des deutschen Volkes im Dritten Reich zu befassen. Und es gab auch damals die Sorge, daß man nur trotzigem Widerstand und damit das Gegenteil dessen bewirkte, was man bewirken wollte, wenn man auf Aufklärung, auf Bewußtmachen insistierte. Solche Reaktionen sind sehr menschlich und jedem einzelnen von uns aus seiner persönlichen Biographie vertraut. Tagtäglich hat jeder von uns Umgang mit seiner Geschichte; was er ist, wie er ist, ist er mit seiner Geltung, seinem Beruf zufrieden, findet er, finden seine Auffassungen Respekt, Anerkennung, dann kann man sich selbst leiden.

Kurz, wie geht man mit seinen kleinen Erfolgen, seinen Beschämungen, seinem Versagen um? Was kann man akzeptieren, was muß man verdrängen? Kann man überhaupt zu sich stehen? Das sind Fragen von damals und das sind Fragen von heute, von manchem ehemaligen DDR-Bürger. Diese Fragen trägt man mit sich, man kann ihnen nicht wegläufen. Man kann ihnen nicht wegläufen, weil man sich selbst nicht wegläufen kann. Wenn es denn so ist, dann sollten wir gelassen, vielleicht sogar entspannt, in jedem Falle aber ehrlich und offen das Thema und uns befragen, wie wir es damit halten, mit unserer Geschichte und mit ihrer Bearbeitung.

Nun wirft schon der Titel einige Fragen auf, reizt gar zum Widerspruch. Weshalb denn Mut? Was ist denn so bedrohlich? Was macht Angst? – Wer nichts verbrochen hat, muß auch keine Angst haben. Ist es das? Ist es so einfach? Ist es nicht auch das Versäumte, das Versagen, der fehlende Mut – damals –, der jetzt Mut erfor-

dert, sich zu bekennen, sich mit-schuldig zu fühlen? Wer hat sich schützend vor seine Nachbarn gestellt und protestiert, wenn sein Nachbar – der Jude – im Dritten Reich, wenn sein Nachbar – der Dissident – im SED-Staat, geprügelt und abgeführt wurde oder heutzutage der Nachbar – der Asylbewerber – mit Molotow-Cocktails beworfen wird? Lassen Sie uns den Mut verstehen als Bereitschaft zum rückhaltlosen Offenlegen aller Umstände, der Höhen und Tiefen menschlicher Verwicklungen, auch der eigenen, ohne allzu flotte Vorverurteilungen und ohne allzu elegante Erklärungen und wohlfeile Entschuldigungen.

Aber braucht es dazu nicht mehr Distanz? Ist denn das schon Geschichte, was vor drei Jahren zu Ende ging? Der katholische Bischof Joachim Wanke aus Erfurt hat in einer Diskussion auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, angesichts des fehlenden zeitlichen Abstandes zu unserer jüngsten Vergangenheit zu wirklich zutreffenden Urteilen über Wert und Unwert der in ihr handelnden Personen oder Personengruppen zu gelangen. Er zitiert zustimmend eine Aussage von Monsignore Dalambert: Für ein Urteil über die Vergangenheit sei es notwendig, in ihr gelebt zu haben – und für eine Verurteilung, ihr nichts zu verdanken.

Also ein Urteil steht nur den Zeitgenossen und eine Verurteilung nur den Nichtbegünstigten zu?

Bischof Wanke ist sich der Richtigkeit dieser Aussage selbst nicht ganz sicher, denn, wie er weiter ausführte, bedürfe es wohl eines längeren zeitlichen Abstandes, um wirklich ohne Emotionen und sachgerecht Vergangenheit beurteilen zu können. Zur Begründung führte er an, wie sehr uns als mittelbar Betroffene die Beurteilung der NS-Zeit – selbst angesichts des jetzigen historischen Abstandes von den Ereignissen – Schwierigkeiten macht, um wieviel mehr also die Beurteilung der DDR-Zeit, deren unmittelbare Auswirkungen nicht nur in der trostlosen Wirtschaft und der Landschaft gegenwärtig sind, sondern noch mehr in den geistigen Verwüstungen in den Köpfen und Herzen.

Also Distanz und Nüchternheit, Genauigkeit und Differenzierung tun Not, und fallen doch so schwer angesichts einer bedrückenden Vergangenheit, die nicht vergehen will. Die Vergangenheit ist gegenwärtig als Verdächtigung und das Leiden als Vorwurf und als Schuldbewußtsein, und noch im Verdrängen erweist sie ihre Macht. Stasi, IM, OIB, SED und so weiter, und so fort, das sind ihre Kürzel.

Diese Vergangenheit läßt sich nicht verpacken und tiefgefroren aufheben und dann, bei Bedarf, wenn wir Distanz gewonnen haben und ruhiger geworden sind, auftauen und verarbeiten. Distanz also? So notwendig sie ist, so wenig ist sie möglich.

Und Emotionen? Ohne sie wird es nicht gehen. Denn Geschichte wird von Menschen Menschen ange- tan und nicht im Erleben wie im Nachvollzug von Historikern an Historikern, sozusagen beides „sine ira et studio“. Da also Menschen die Handelnden und Leidenden sind, dürfen sie aufschreien, dürfen auf ihre Verwundungen zeigen, leidenschaftliche Anklage und engagierte Verteidigung äußern. Sie dürfen es nicht nur, sie sollen es sogar.

Wofür ich plädiere, das ist verstehender Dialog. Es geht nicht um das Weltgericht, es geht um Differenzierung. Für die Schuld gibt es andere Prozesse und andere Zuständigkeiten – weltliche und solche, auf die wir uns auch als Christen verstehen sollten:

Nun könnte man einwenden: Gibt es denn nichts Wichtigeres als diese Vergangenheit? Sollte man sich nicht lieber den wirklichen, den gegenwärtigen Themen zuwenden, den politischen, ökologischen, ökonomischen, sozialen Hinterlassenschaften der DDR, also z. B. der Arbeitslosigkeit, der zerstörten Umwelt, der zusammenbrechenden Wirtschaft, der desolaten Infrastruktur und ... und ... und?

Gewiß, all das ist von brennender Aktualität, nicht nur für die Menschen in den neuen Bundesländern, sondern für uns alle, für Hamburger und Bayern ebenso wie für Sachsen und Brandenburger, für uns alle in der Solidargemeinschaft Bundesrepublik Deutschland. Diese gegenwärtigen Aufgaben zu lösen, das wird über unsere Zukunft entscheiden.

Aber genauso gewiß ist eben, daß wir unsere Vergangenheit nicht einfach zu den Akten legen, für abgeschlossen und erledigt erklären und vergessen können. Der Mensch ist nun mal kein geschichtsloses Wesen. Deshalb wird er seine Vergangenheit auch nicht los – und er sollte es auch gar nicht wollen.

Wie wir mit unserer Vergangenheit umgehen, von ihr geprägt und für sie haftbar sind, macht unsere Verantwortung und unsere Reife, unsere Würde aus. Das gilt für den einzelnen Menschen wie für die Gesellschaft. Ohne Verantwortung, ohne Haftung, ohne Moral, ohne Wissen und Gewissen – also gewissenlos. Das genau ist es, was Goethe im „Faust“ Mephisto als teuflische Verführung sagen läßt: „Und ist so gut, als wär es nicht gewesen!“ – eine Verführung zur Gedächtnislosigkeit.

Wir haben also keine Wahl. Wir müssen uns unserer Vergangenheit stellen, zu ihr stehen und mit ihr umgehen lernen.

Nun gibt es gewiß nicht nur eine richtige, moralisch hochwertige, allgemein verbindliche Methode des Umgangs mit Vergangenheit. Im Gegenteil: Wir sehen z. B. wie unterschiedlich unsere Nachbarn, die Polen, die Tschechen und Slowaken, die Ungarn, die Rumänen



mit ihrer jüngsten Geschichte umgehen, aber z.B. auch wie die Spanier sich gegenüber den Belastungen und den Belasteten der Franco-Ära verhalten haben, nämlich ohne Prozesse, ohne Verurteilungen, ohne Personalwechsel, das heißt mit Amnestie und Kontinuität. Können wir Deutschen, können wir Ostdeutschen dies auch, oder verhalten wir uns nicht jetzt zu dieser DDR-Vergangenheit vor dem Hintergrund der kollektive Erfahrung der Deutschen nach '45?

Wir haben eben unsere Erfahrungen mit der „Bewältigung der Vergangenheit“, mit der des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen. Diese Erfahrungen sind durchaus ambivalent und zusätzlich noch unterschiedlich in den beiden Teilstaaten, der alten Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Und in beiden deutschen Teilen war die Art des Umgangs mit der Nazi-Vergangenheit nicht sonderlich glorreich, nicht sehr glücklich und nicht immer sehr ehrlich.

Gleichwohl gibt es einige Verhaltens- und Erklärungsmuster, die für die gegenwärtige Auseinandersetzung fruchtbar gemacht werden können. Lassen Sie mich das anhand eines Beispiels, eines Beispiels für das, was immer wieder – auch in der wissenschaftlichen Diskussion – aufscheint, etwa im Historikerstreit, wo das diskutiert wurde, etwa in der Differenz zwischen dem Beschweigen der Vergangenheit – wie das Hermann Lübbe genannt hat – und dem Verständnis von der Zweiten Schuld wie sie Ralph Giordano geschildert hat.

So gab es zum Beispiel nach '45 wegen der vorrangigen Anforderungen des Wiederaufbaus – eine wahrhaftig gewaltige Aufgabe –, wegen der politisch überlagernden Konfrontation des Ost/West-Konfliktes, des Kalten Krieges und mit Hilfe eines leichten Nachdrucks der Alliierten, für diesen Konflikt verfügbar zu sein, so gab es damals eine großzügige Übernahme von NS-belasteten Funktionsträgern in Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Regierung – von Gehlen bis Globke. Fairerweise wird man jedoch hinzufügen müssen: Es gab damals keine – jedenfalls nicht im nennenswerten Umfang – unbelastete Gegen-Elite, die die funktionalen Qualifikationen gehabt hätte, um das zerstörte Deutschland wieder aufzubauen.

So wurde, wie Ralph Giordano es nannte, der „große Friede mit den Tätern“ gemacht, „ihre kalte Amnestierung durch Bundesgesetze und durch die nahezu restlose soziale, politische und wirtschaftliche Eingliederung während der ersten zehn Jahre der neuen Staatsgeschichte“.

Und jetzt in den Jahren seit dem Herbst '89? Wie gehen wir mit den gebrauchten Bürgern der DDR um? – In der Frage der Übernahme der alten Eliten gibt es in

den neuen Bundesländern in durchaus belastendem, ja, irritierendem Umfang die Begegnung mit Vertretern des alten Regimes und zwar in den politischen Parteien, auf Ämtern, aber insbesondere in der Wirtschaft. Häufig genug trifft man die Schnellen, die Angepaßten, die Wendigen, die Opportunisten. – Mit all diesen kann und muß man sich abfinden. Schwieriger wird es schon mit den Wendehälsen, den alten Kadern und alten Seilschaften.

Insbesondere also in der Wirtschaft der neuen Länder hatten sich die ehemaligen SED-Leitungskader halten können, weil sie wegen ihrer Betriebs-, Personal- und Hintergrundkenntnisse nützliche wie willfährige Gehilfen waren. Aber ihre vorgebliche Unentbehrlichkeit im Übergang zu Marktwirtschaft und Demokratie ist eine interessengeleitete Fiktion, denn die alten Nomenklatura-Kader stören meistens den Betriebsfrieden und sind oft Anlaß zu fundamentalen Zweifeln an der neuen Demokratie.

So hat es dem Ruf der Treuhandanstalt in Berlin nicht gerade genutzt, daß in ihren Führungsgremien, in ihren Abteilungen nicht wenige sogenannte Leitungskader aus der alten DDR-Wirtschaft gearbeitet haben und zum Teil bis heute arbeiten.

Der in seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Gesinnung untadelige frühere sozialdemokratische „Kronjurist“ Adolf Arndt hat vor vielen Jahren, bezogen auf die nationalsozialistische Vergangenheit, ein Kriterium für die Elitenauswahl beschrieben. Er nannte es „objektive Kompromittierung“: Kompromittierend ist nicht erst nachgewiesenes schuldhaftes Verhalten, kompromittierend ist bereits eine herausgehobene Stellung und Funktion in einem Unrechtssystem – jedenfalls kompromittierend für bestimmte Führungs- und Vertrauensfunktionen in der neuen Gesellschaft, und dies gilt bis zum Beweis des Gegenteils.

Der „große Friede mit den Tätern“ ging einher mit dem, was Giordano „Verlust der humanen Orientierung“ nannte. Beides hat die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland wesentlich mitgeprägt und auch beschädigt. Das Versäumnis der älteren Generationen, sich ehrlich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen, hat mit dazu beigetragen, daß die Kinder und Enkel – die sogenannten 68er – um so unerbittlicher die versäumten Fragen stellten und letztlich hat die unerbittlich-ehrlliche Art des Fragens sie zu moralischem Rigorismus, zu frontaler Opposition und etliche von ihnen ins kriminelle Abseits geführt.

Doch wie ist die gegenwärtige Diskussion über die DDR-Vergangenheit zu bewerten? Es hat den Anschein, daß im Augenblick jede nur denkbare Meinung zum Umgang mit der Vergangenheit vertreten wird.



Die Heftigkeit der Diskussion belegt, wie bedrängend und schmerzhaft empfunden wird, was man unbewältigt mitschleppt. Das fördert das Verlangen nach einfachen und radikalen Lösungen und Erklärungsmustern. Die Forderung, immer wieder neu erhoben, die Stasi-Akten endlich einzubetonieren oder ähnliche Versuche pauschalen und partiellen Vergessenwollens, nehmen immer mehr zu.

Eine Bewertung dieser Diskussion wird zusätzlich erschwert durch die unterschiedlich starke Betroffenheit, die unterschiedliche Erfahrung, die wir mit dieser Vergangenheit haben. Sie wird erschwert durch kommerzielle und politische Interessen, durch alte und neue Vorurteile. Vergangenheit, das ist unübersehbar, wird zum Instrument sehr aktueller Auseinandersetzungen, u.a. Auseinandersetzungen in den Verteilungskämpfen, mit denen die deutsche Einigung verbunden ist. Denn wir wissen doch, wir merken es jetzt immer deutlicher: Teilen ist kein idyllischer Vorgang, sondern bitterer Verteilungskampf, auch Verteilungskampf z.B. um Arbeitsplätze.

Deshalb und trotz allem: Die Diskussion um Vergangenheit, auch dann und auch wo sie teilweise selbstgerecht, formalistisch, deformierend, strategisch geführt wird, ist notwendig und, wie ich hoffe, am Schluß auch heilsam. Sie hilft zur Erklärung und Verständigung über die Themen und Methoden. Es geht um Vergangenheit, aber um eine Vergangenheit, die unsere Erfahrungen und Gefühle, unsere Moral, unsere privaten und gesellschaftlichen Wünsche und Vorstellungen so sehr geprägt hat, daß sie in allem, was wir denken, fühlen und tun, gegenwärtig ist.

Der Vorhang hat sich gesenkt, das Gaunerstück „Realer Sozialismus“ ist beendet, aber alle Mitwirkenden, die Stars, die Statisten, die Claqueure und Buhfer, sie alle, wir alle leben weiter miteinander und nebeneinander und müssen mit uns und unserer Geschichte auskommen und umgehen.

Nun gibt es verschiedene Ansätze, Methoden und Zuständigkeiten. Es gibt zum Glück – zum Glück! – den Rechtsstaat, der mit den Mitteln der Strafjustiz individuell nachweisbare Schuld aufzuklären, zu ver-

folgen und zu bestrafen hat. Möglicherweise bis hin zu der bitteren Erkenntnis, daß die politische und moralische Schuld etwa eines Erich Honecker oder Günter Mittag keine angemessene Bestrafung finden wird, weil Recht und Gerechtigkeit eben nicht identische Dinge sind und auch nicht sein können. Ein Rechtsstaat ist nicht dazu da, die noch so verständlichen Rachebedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Dies wird in dem Prozeß gegen Erich Honecker zu lernen sein. Es wäre ein wirklich rechtsstaatliches Lehrstück.

Es wird die Aufarbeitung von Geschichte und Politik der DDR, ihrer Strukturen und Mechanismen und ihrer Entwicklungen geben. Die Historiker beginnen zu arbeiten, aber deren Arbeit ist sinnvollerweise langwierig. Der Bundestag hat eine Enquête-Kommission zur SED-Vergangenheit eingerichtet. So wichtig eine Enquête-Kommission ist, wir dürfen sie nicht als Institution verstehen, die uns in irgend etwas vertreten könnte. Sie kann durch Analyse Hilfestellung im Begreifen geben, aber unser eigenes Begreifen nicht ersetzen.

Bei all den Bemühungen von Historikern, Juristen, Politologen, von Kommissionen und Bürgerinitiativen, die begonnen haben und die vor uns liegen, geht es um Aspekte der Wahrheit und Annäherungen an die Wahrheit. Es ist müßig, die verschiedenen Wege und Methoden gegeneinander auszuspielen. Diese Streitereien, manchmal ganz spannend zu lesen – von Brigitte Seebacher-Brandt bis Bärbel Bohley, von Wolf Biermann bis Hermann Lübke – füllen die Feuilletonseiten mit gescheiterten Einsichten, aber manchmal auch mit selbstgerechten und eitlen Bekenntnissen; deutscher Methoden- und Gelehrtenstreit: manchmal akademisch, manchmal menschenfern und fern der Realität, aus der wir stammen, manchmal voller Bitterkeit und nachgetragener Enttäuschung.

Ich weise auf ein sehr nachdenkenswertes Wort des Bundespräsidenten in seiner Heinrich-Heine-Preis-Rede hin, in der er in starken und zugleich treffenden Worten sagte: „Wir suchen Frieden untereinander. Wie dringen wir zu ihm vor? Vor allem nicht ohne Anstrengung um die schwierige Wahrheit über das, was hinter uns liegt. Das ist ein Weg, der tief in die persönliche Beziehung eingreift. Doch wer ihn jetzt scheut, verschiebt ihn nur auf später. Harmonie vorwegzunehmen, bedeutet, sie vorzutäuschen, und das schafft keinen Frieden.“

Die Analyse des Systems und seiner Mechanismen wird vieles aufklären. Es wird auch Zusammenhänge zwischen diesem System – Realer Sozialismus, Kommunismus, wie immer wir dieses System nennen – und dem Verhalten der Menschen, die in unterschiedlichen Rollen und Verantwortlichkeiten zum Funktionieren

dieses Systems beigetragen haben, diese Analyse wird die Zusammenhänge zwischen beiden erhellen und damit die Bedingtheit des eigenen menschlichen Handelns und das Handeln der anderen Menschen erklären helfen.

Aber auch wenn es eine wechselseitige Abhängigkeit der Verhältnisse und des Verhaltens gab, ist es unzulässig zu folgern: Da das System DDR politisch und ökonomisch gescheitert ist, seien auch notwendigerweise alle Menschen, alle Biographien, alle Verhaltensweisen mit ihm gescheitert. Gegen diese Art vernichtender Pauschalurteile habe ich immer wieder protestiert und werde ich mich immer wieder wenden.

Es gab ein richtiges Leben im falschen System! Es gab viele, viele Menschen, die versuchten, den eigenen Maßstäben von Anstand und Vernunft zu folgen. Wir dürfen nicht zulassen, daß das Urteil über ein gescheitertes, falsches gesellschaftliches System auf die Menschen, die in ihm gelebt haben, auf ihre Lebensgeschichte übertragen wird. Wir müssen darauf bestehen, daß der oft mühselige, unscheinbare, wahrhaftig meist nicht strahlende Versuch, den eigenen Maßstäben von Anstand und Vernunft – auch und nicht zuletzt christlichen Maßstäben von Anstand und Vernunft – zu folgen und einen überlebensfähigen Modus vivendi zu finden, einen erträglich, verantwortbaren Kompromiß mit Verhältnissen, die wir uns nicht haben aussuchen können, daß dieser Versuch mit menschenverträglichen Maßstäben gemessen und bewertet wird.

Vor diesem Hintergrund habe ich immer wieder dafür plädiert, das verschämte, verschüchterte, aber manchmal auch trotzig und verstockte Verstummen aufzubrechen und uns in Ost und West wechselseitig unsere Biographien zu erzählen. Die Wessis werden dann feststellen, daß sie nicht nur lichte Heldengeschichten hinter sich haben und wir Ossis nicht nur finstere Schurkengeschichten. Aber dafür müssen wir wechselseitig zum Zuhören bereit sein.

In einem solchen Dialog des Austauschs von Biographien, in dem hoffentlich andere Maßstäbe gelten als bei der Bewertung von ökonomischen und politischen Verhältnissen, als in dem Systemvergleich, wo sofort klar zu sein scheint, wer recht hat und wer nicht, was gesiegt hat und was unterlegen ist, in einem Dialog, im Austausch von Biographien haben wir Ostdeutschen eine Chance, vielleicht die einzige, mit unserer Geschichte als Gleichberechtigte in diesem einigen Vaterland anzukommen.

Nur wenn wir Ostdeutschen die Chance bekommen, unsere Erfahrungen aus vierzig Jahren Unterdrückungsgeschichte und unsere Erinnerung an eine leidenschaftliche Zeit des Aufbruchs, wenn wir die Chance haben, dies einzubringen, zu artikulieren, nur

dann wird man uns vernehmen können. Es geht also um den Austausch durchaus unterschiedlicher, in vierzig Jahren unterschiedlich gewordener Erfahrungen, Mentalitäten, eines unterschiedlichen Alltagsbewusstseins, um Fremdheiten und Ungleichheiten zu überwinden.

Dies setzt allerdings etwas voraus, was wahrhaftig nicht selbstverständlich ist nach meiner Erfahrung in den letzten zwei Jahren: nämlich die Bereitschaft zum selbstkritischen Umgang mit der eigenen Geschichte auch bei den Westdeutschen. Und das ist nicht einfach. Wie soll ich einem Menschen in Freiburg im Breisgau oder in Regensburg z.B. erklären, daß auch er in seinem Leben etwas ändern sollte, daß auch er Anlaß hätte, angesichts der unerhörten Begebenheit der deutschen Einigung zurückzudenken und nachzufragen nach seiner vierzigjährigen Geschichte. Fast undenkbar! Aber genau dieser selbstkritische Umgang mit der eigenen Geschichte und die Bereitschaft, am Status quo der alten Bundesrepublik etwas zu ändern, ist die Voraussetzung dafür, daß wir überhaupt mitreden und mitgestalten können!

Versuchen wir's doch einmal: Mein Vorschlag ist ein ganz vorsichtiger und gewagter zugleich, das Phänomen IM, Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, ein banales Faszinosum, eine negativ mythisierte Alltäglichkeit, versuchen wir es aus einer falschen Faszination herauszunehmen und anders zu rubrizieren, etwa unter der Überschrift „Anpassung“. Vielleicht wäre das eine Chance zu einem deutsch-deutschen Gespräch, denn Anpassung gab es nicht nur in der DDR, aber hier war sie gewiß folgenreicher und schlimmer, nicht nur für die Bespitzelten, sondern häufig auch für die Spitzel.

Es gibt also Anlaß zum unausweichlichen Gespräch zwischen Ost und West und zwischen Ossi und Ossi auch, aber vor allem dann, wenn viele aus ihren Stasi-Akten erfahren, daß nicht irgendwelche fernen dämonischen Bösewichter, Verbrechertypen, Schweinehunde, wie immer wir sie nennen, sondern Nachbarn, Freunde, Verwandte gar, am Scheitern von Biographien, an Mißerfolgen, an Niederlagen schuld sind durch Spitzeltätigkeit und anderes.

Das Erschrecken darüber löst nicht nur Wut und Rachegefühle und Verzweiflung aus, sondern auch das Bedürfnis zu verstehen, warum Menschen, die so sind wie man selbst, Denunzianten geworden sind. Ich erinnere daran, daß manche betroffenen Leser ihrer Stasi-Akten nach einer ersten verzweifelten Reaktion gesagt haben: Ich will mit denen reden, ich will verstehen, warum sie das gemacht haben, warum Leute, denen ich bis gestern vertraut habe, mich verraten haben. Die Situation, die da entsteht, gibt die Chance, selbstkri-

tisch fragend mit der Vergangenheit umzugehen und nicht ganz schnell, umstandslos, umweglos beim moralisch strengen Urteil zu landen.

Für diesen Prozeß öffentliche, strenge Formen des Gesprächs zu finden, war der Anlaß für den Versuch, der zunächst unter dem Stichwort „Tribunal“ und jetzt unter der vorsichtigeren, treffenderen Bezeichnung „Forum der Aufklärung und Erneuerung“ unternommen werden soll und der im Grunde genommen schon begonnen hat als eine Form der gemeinschaftlichen Aufarbeitung unserer Vergangenheit durch uns selbst, als eine Form der Bildung unserer Maßstäbe des politischen und moralischen Urteils, als Form des gemeinsamen Lernens dessen, was aus vierzig Jahren DDR überhaupt zu lernen sei, als eine Form schließlich der politisch moralischen Selbsterziehung und Selbsterneuerung: gegen das Verdrängen, gegen das Vertreiben der Vergangenheit und für das Erinnern und für das Erzählen.

Hannah Arendt hat in ihrem wunderbaren Lessing-Essay über die Menschlichkeit in finsternen Zeiten geschrieben, daß es gar keine andere Chance gäbe, der Vergangenheit innezuwerden und ihren Sinn festzuhalten, als sie zu erzählen. „Sofern es überhaupt ein Bewältigen der Vergangenheit gibt“ – so schreibt Hannah Arendt –, „besteht es in dem Nacherzählen, was sich ereignet hat.“ Dies gilt nicht nur für den öffentlichen Diskurs, die gemeinschaftliche Aufarbeitung, sondern ständig für jeden einzelnen von uns im alltäglichen Zusammensein mit nahestehenden und fremden Menschen. Dies gilt auch für den selbstkritischen Umgang mit sich selbst, weil Erfahrung, die sich nicht in Geschichten abbildet, kaum auszuhalten ist, wie Max Frisch einmal gesagt hat.

Ich möchte noch einmal den Bundespräsidenten zitieren: „Versöhnung unter den Menschen kann ohne Wahrheit nicht gelingen, Wahrheit ohne Aussicht auf Versöhnung aber ist unmenschlich. Die Kraft zur Einsicht in eigene Schwäche; Versagen und Schuld kann Wunder bewirken. Sie bedeutet nicht den Ausschluß, sondern sie bietet den tiefsten Ansatz für die Chancen zu einem neuen Anfang. Er ist lebenswichtig für die Zukunft.“

Ja, gewiß, Versöhnung ist das Ziel, am Schluß, trotz allem. Aber sie ist nicht billig zu haben. Sie setzt Anstrengung, Arbeit voraus, die Zumutungen der Wahrheit, oder – anders gesprochen – sie setzt Einsicht, Schuldkenntnis, die Absicht, umkehren zu wollen voraus. Versöhnung ist dann die angebotene Hand und das Ja: Du kannst es, du wirst es schaffen. Versöhnung darf nicht auf Kosten der Opfer gehen. Es gibt keine wirkliche Versöhnung für die Täter an den Opfern vorbei. Allzusehr mit dem Mantel der Nächstenliebe

herumzuedeln und mit ihm alles Mögliche zudecken und dies dann Versöhnung zu nennen: Das widert mich an. Ich befürchte, daß derartige Töne ganz schnell zunehmen könnten, denn die Zumutung durch unsere Vergangenheit ist von sehr vielen nicht recht auszuhalten.

Mut und Leidenschaft zur Differenzierung im Urteil über unsere Vergangenheit, Kritik ohne Beschönigung und Kritik ohne Vernichtungsabsicht, das ist, was ich mir wünsche. Und vielleicht noch etwas, was die Grenzen des Zumutbaren übersteigt: Könnten wir vielleicht fertigbringen, hinter jedem Informellen Mitarbeiter noch ein menschliches Gesicht wahrzunehmen? Könnten wir fertigbringen, noch angesichts einer Stasi-Akte über einen „Täter“ wahrzunehmen, daß auch darin eine menschliche Biographie versteckt ist? Vielleicht ist das fast zuviel, was da verlangt wird.

Darf ich einen Wunsch ausdrücken? Ach, wenn wir das könnten, heiter und traurig, traurig und heiter von unserer Vergangenheit scheiden und trotzdem zu uns stehen, die biographischen Brüche, die wohl unausweichlich sind, menschenetraglich machen. Wenn wir das fertig brächten, miteinander zu reden, die Opfer und die Täter. Ich weiß, wie schwierig diese Unterscheidung ist. Es gibt ganz viel dazwischen, viele verschiedene Erfahrungen, Rollen, Funktionen, Lebensschattierungen zwischen Tätern und Opfern. Es gibt den Unterschied aber dennoch. Ich bestehe auf ihm, denn er ist wichtig, nämlich für die wirklichen Opfer und die wirklich Benachteiligten und auch für all diejenigen, die aus verfehlter Geschichte zu lernen versuchen. Wenn sie miteinander reden würden, die Hauptverantwortlichen und Nebenverantwortlichen, die Schweigenden und die Duldenden.

Es gab all diese in der SED selbst, unter 2,3 Millionen SED-Genossen. Und dann gab es noch den Unterschied Genosse und Nichtgenosse. So klein er manchmal war, so groß konnte er auch sein. Fast immer zuungunsten des Nichtgenossen. Auch dies ist abzuarbeiten, wollen wir doch beide, die ehemaligen Mitglieder der allmächtigen Staatspartei und diejenigen, die unter dieser allmächtigen Staatspartei gelitten haben, miteinander in einer Gesellschaft leben.

Trauerarbeit und öffnendes aufrichtiges Gespräch, nicht nur Anklage tun not, genaue historische und ökonomische und sozialpsychologische Analyse, theologische auch. Aber eben auch satirische Befreiungsschläge, die komische Verabschiedung von einer Geschichte, die uns erdrückt und bedrückt, die nicht vergehen will. Befreiung von Versteinerungen, von ideologischen Besitzständen und trotzdem auch Weiterarbeit an dem, was uns in der versteinerten Gesellschaft und gegen sie umgetrieben hat. Eben keine

bloßen jäh Wendemanöver, sondern – das ist mein Wunsch – harte Arbeit an einer mühsamen Kurskorrektur so vieler Leben, so vieler Biographien!

Wir haben also zurückzufragen, wenn wir über Vergangenheit reden, und das ist der eigentliche Inhalt dessen, was ich sagen wollte, nicht so sehr, um zu urteilen und abzuurteilen, sondern um zu verstehen, was wirklich gescheitert und erledigt ist und was nicht. Was schlecht war und was gut. Worin wir Abschied nehmen, worin wir Momente unserer Identität zu verteidigen haben.

Was war Anlaß zu Scham und was zu Freude, was Anlaß zu Selbstkritik und was Anlaß zu Selbstbewußtsein? Aber, so ist zu fragen, überwiegt inzwischen nicht die eifernde Anklage, das forsche Urteil, der Mechanismus des Verdachts, siegt nicht immer wieder tagtäglich die Vergangenheit, die Stasi-Vergangenheit über die Gegenwart?

Die deutsche Art der Vergangenheitsbewältigung sei ein großer Fehler und wir begingen eine riesige Dummheit. Ich teile diese Ansicht von Andrzej Szczypiorski, dem großen polnischen Autor, nicht. Aber richtig ist, wir müssen sehr mutig sein, wenn wir verhindern wollen, daß die Aufarbeitung der Geschichte uns nachhaltiger beschädigt als die Geschichte selbst. Wir brauchen Mut, um uns der bitteren DDR-Geschichte zu stellen, ihr auszuweichen. Sie zu verdrängen, mag auf den ersten Blick einfacher, bequemer sein, aber die Vergangenheit, die Fragen, die Unsicherheiten, die Beschämungen würden uns begleiten, uns lähmen und den Neuanfang auf Dauer belasten.

Es geht also um rückhaltloses Erinnern, um insistierende, peinigende Fragen an die Vergangenheit. Dies ist auch schmerzhaft, aber es bietet die Chance für ein befreiendes, weil wahrhaftiges Verhältnis zur eigenen Geschichte und Biographie. Ich halte es mit dem Historiker Martin Broszat, der den selbstkritischen Umgang mit der jüngeren Geschichte eines der besten Elemente politischer Gesittung nannte. Nun haben die letzten drei Jahre eine Fülle von Enthüllungen, Entdeckungen und Erschütterungen gebracht. Die Gefahr ist groß, davon erdrückt zu werden oder mit Zynismus bzw. Resignation darauf zu reagieren. Das gegenwärtige Klima der Verdächtigungen, der Vorverurteilungen und der Pauschalurteile, das von den Medien erzeugt oder doch verstärkt wird, vergrößert diese Gefahr. Die Stichworte liefern moralische Eiferer und wirkliche Wahrheitssucher und die Akten, die Akten der Staatssicherheit.

Sie haben aber nicht als solche recht. Sie spiegeln nicht die Wahrheit wider, sondern sie geben ihren Wahrheitsgehalt erst dann preis, wenn die Situation rekonstruiert wird, die sie auf verzerrte und verzerrende

Weise wiedergeben. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Wahrheitsfindung, aber sie besitzen keine unantastbare Autorität für jeden Fall. Vielfach wurden sie angefertigt, um nachzuweisen, daß die Aufgabe der Staatssicherheit zum Schutz des Systems und zur Disziplinierung der Menschen erfolgreich erfüllt worden ist. Ihre Gedanken, ihre Worte sind zielgerichtet und systemkonform.

Das alles hindert kühle Strategen und Geschäftemacher nicht, ihre eigenen Ziele und Interessen zu verfolgen. So wird manchmal der Eindruck erzeugt, daß dieses DDR-Volk ein Spitzelvolk gewesen sei, daß unser aller Leben ins Zwielicht der Kollaboration getaucht gewesen sei. So werden Personen des Übergangs und des Neuanfangs moralisch diskreditiert. So wird eine Politik der Anerkennung von Realitäten, um diese zu ändern, eine Politik der kleinen Schritte, der Entspannung, die versucht hat, den Mächtigen Veränderungen, Erleichterungen, Vermenschlichung, Freiheitsräume abzutrotzen, in Verruf gebracht. Wenn wir zulassen, daß die Vergangenheit zu solchen sehr gegenwärtigen Zwecken instrumentalisiert wird, dann könnte Andrzej Szczypiorski recht bekommen.

Wir brauchen deshalb Mut zum Differenzieren. Wir müssen widersprechen, wenn die moralischen Eiferer ihre Gut-und-Böse-Schablonen benutzen. Wir müssen widersprechen, wenn die Vereinfacher die Wahrheit mit dem Hammer suchen. Wir müssen darauf bestehen, daß der oft mühselige und nicht immer erfolgreiche Versuch, den eigenen menschlichen Maßstäben zu folgen und einen überlebensfähigen Modus vivendi zu finden, mit menschenverträglichen, menschenfreundlichen Maßstäben gemessen wird. Und wir müssen unterscheiden zwischen rechtlicher, politischer und moralischer Bewertung. Sie sind nicht notwendigerweise deckungsgleich. Und wir müssen darauf bestehen, daß die repressiven Wirkungsmechanismen des DDR-Systems konkret aufgeklärt und bewertet werden, wenn wir denn etwas begreifen, etwas lernen wollen, und wenn wir das Verhalten von Menschen in diesem Unterdrückungssystem gerecht beurteilen wollen. Dies alles müssen wir leisten im Interesse des inneren Friedens im vereinigten Deutschland und im Interesse der Verständigung zwischen Ost und West. Dafür brauchen wir Mut. Mut beim Erinnern und Mut beim Differenzieren.

Nur wenn wir solche Lernprozesse in Gang setzen, die nicht so schnell zu beenden sind, waren auch die Opfer der vergangenen vierzig Jahre, und wenn ich die Weltgeschichte nehme, der vergangenen siebzig Jahre nicht umsonst.

Es gibt ein Wort von Primo Levi, dem italienischen Schriftsteller, der in deutschen Konzentrationslagern

war. Er hat dieses Wort in einem ganz anderen Zusammenhang gesagt und auf eine andere Geschichte bezogen, eben die des Faschismus. Aber dieses Wort sagt in bestürzender Einfachheit das, was ich meine: „Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen, darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.“

